

# resPEKT!



ZEITSCHRIFT FÜR LESBEN- UND SCHWULEN POLITIK

## Flagge *zeigen*

### REGENBOGENKOMPETENZ

LSVD-Projekte

### LSBTI STÄRKEN

Was läuft in der Politik?

### AKTIV VOR ORT

LSVD in den Ländern

### MITEINANDER

20 Jahre L im LSVD

**ILGA-  
KARTE**  
zum  
Heraustrennen





Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild00401173 / Fotograf: Stefan Kugler

# Inhalt



## 5-10 WAS DIE REGIERUNG PLANT!

Änderung Geschlechtseintrag  
Abstammungsrecht  
Konversionstherapien



Foto: Selma Agrebi

## 18-23 HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG!

Was kann Deutschland tun?  
European Lesbian\*  
Conference  
Queeres Filmfestival  
Neue Projekte

### bundesverband!

- 3 **50 Jahre Stonewall**  
Editorial
- 4 **Sichtbar im Grundgesetz**  
Artikel 3 ergänzen
- 8 **Diskriminierung macht krank**  
LSBTI und Gesundheit
- 11 **Starke LSVD-Projekte**  
Miteinander und Antidiskriminierung
- 14 **Gemeinsam besser**  
20 Jahre Lesben im LSVD
- 16 **Coming-out für Europa**  
31. LSVD-Verbandstag
- 24 **Rainbow Future**  
Internationaler Austausch
- 25 **Wir wollen wachsen**  
Mitglieder werben Mitglieder
- 40 **Was der LSVD macht!**  
Menschenrechte, Vielfalt & Respekt

### länder!

- 26 **Unsichere Zeiten**  
Landtagswahlen 2019
- 31 **Aktionsplan in Bayern**  
Koalitionsvertrag ohne LSBTI
- 31 **Queere Geflüchtete**  
Beratung in Chemnitz
- 33 **Farbenspiel**  
Sportbündnis in Hannover
- 34 **Jubiläum**  
Regenbogenfamilienzentrum Berlin
- 35 **Zwangsverheiratung**  
Krisenwohnung in Berlin
- 36 **Kontakt abbrechen**  
Position der Zeugen Jehovas
- 39 **Hans-Jürgen Wolter**  
Nachruf
- 54 **Aktiv in den Ländern**  
LSVD-Adressen



Impressum: respekt! • Zeitschrift für Lesben- und Schwulenpolitik • ISSN 1431-701X

Herausgegeben vom Lesben- und Schwulenverband (LSVD)

Redaktion: Markus Ulrich (Hauptverantwortlicher und V.i.S.d.P.), Günter Dworek, Klaus Jetz • Weitere

Autor\*innen dieser Ausgabe: Markus Apel, Patrick Dörr, Henny Engels, Lisa Haring, Elke Jansen, Aileen

Kakavand, Sarah Kohrt, Gabriela Lünsmann, René Mertens, Helmut Metzner, Annelie Neumann, Saskia Ratajszczak, Jürgen Rausch, Lilith Raza, Guido Schäfer, Imke Thierfelder, Stephanie Wolfram • Grafik & Layout: Franka Braun • Titelfoto: nathanmac87 on flickr (CC BY 2.0) • Druck: Spree Druck Berlin GmbH • Auflage: 10.000 • Redaktionsanschrift: LSVD-Hauptstadtbüro, Altmstadtstr. 7, 10119 Berlin • E-Mail: presse@lsvd.de • Internet: www.lsvd.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Februar 2018. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Tonmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, Anzeigen und Werbebeilagen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Datenschutzhinweis:** Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst. Die Datenschutzerklärung des LSVD finden Sie unter [www.lsvd.de/bottom-meta-navigation/datenschutz.html](http://www.lsvd.de/bottom-meta-navigation/datenschutz.html). Die respekt geht an alle Mitglieder des LSVD. Grundlage für die Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten ist hierfür Art. 6 Abs. 1 lit a. und b DSGVO. Darüber hinaus geht die respekt auch an Multiplikator\*innen aus Politik und Gesellschaft. Die Grundlage für die Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten ist hierfür Art. 6 Abs. 1 lit f. Wenn Sie die respekt nicht länger erhalten wollen, kontaktieren Sie uns. Sie haben jederzeit das Recht auf Löschung Ihrer Daten.

**Spendenkonto:** LSVD, IBAN: DE30 3702 0500 0007 0868 00

**Mitglieder** des LSVD bekommen die respekt! automatisch zugeschickt. Die Eintrittskarte in den LSVD finden Sie auf Seite 39.

# 50 Jahre Stonewall – wie geht's weiter?

**D**er Sommer ist CSD-Zeit. Jedes Wochenende wehen Regenbogenfahnen, gehen zehntausende Menschen auf die Straßen, sind sichtbar, feiern sich und die Community. 2019 begehen wir auch 50 Jahre Stonewall, den Aufstand, der gemeinhin als Fanal für die moderne LSBTI-Emanzipationsbewegung und die politischen Kämpfe gilt. Umso mehr Anlass darüber nachzudenken und zu diskutieren, was erreicht wurde und wofür wir weiter kämpfen müssen, wie wir das schaffen und wer dieses „wir“ eigentlich ist.



Foto: Christine Fiedler / LSVD

Zweifellos hat sich die Situation in den letzten Jahrzehnten massiv verändert – zum Guten. In Deutschland haben wir viel an rechtlicher Anerkennung und gesellschaftlicher Freiheit erkämpft, an Selbst- und Mitbestimmung, Offenheit und Sichtbarkeit. Gleichzeitig gibt es nach wie vor feindliche Einstellungen, Vorurteile und Ignoranz. Und: Wie fragil ist das Erreichte?

Vor dem Hintergrund rechtspopulistischer Hetze und rechtsextremer Gewalt, religiös-fundamentalistischer Strömungen und gesellschaftlicher Polarisierung gilt es, Erreichtes zu verteidigen und auszubauen, weiter gesellschaftliche Mehrheiten und Rückhalt für Menschenrechte und Respekt zu gewinnen. Das wird für Minderheiten immer eine Herausforderung bleiben.

Zudem müssen wir der Vielfalt in unserer Community gerecht werden. Denn Erfahrungen unterscheiden sich, ob man etwa lesbisch, schwul oder bi ist, trans\* oder cisgeschlechtlich, in der Großstadt oder auf dem Land lebt, ob man alt ist oder jung, weiß ist oder von Rassismus betroffen, die deutsche Staatsbürgerschaft hat oder hier um Asyl kämpft, Kinder hat oder nicht, ob und wie religiös man ist oder das Umfeld, in dem man lebt. Diese Vielstimmigkeit an Anliegen und Unterschiedlichkeit an Lebensrealitäten aufzunehmen und trotzdem prägnante und verständliche Botschaften zu formulieren, ist nicht leicht.

Denn wir brauchen Alliierte. Aber wie gelingt uns das? Es geht immer auch darum, Menschen zu ermutigen, unsere Perspektiven kennenzulernen und sich dadurch mitunter hinterfragen zu lassen. Viele sind zudem wohlmeinend, wollen nicht diskriminieren, machen es aber unbeabsichtigt. Darauf sollten wir anders reagieren als auf offene Hetze und blanken Hass. Wann gehen wir also in die harte Auseinandersetzung und wann in ein geduldiges Gespräch? Wie können wir dabei auch Lernprozesse und Fortschritte würdigen, die für uns eigentlich Selbstverständlichkeiten sind oder aber nicht ausreichend? Wie formulieren wir notwendige Kritik, die es dem Gegenüber oder Zuhörerinnen leichter macht, diese anzunehmen? An welche Erfahrungen unserer Gegenüber knüpfen wir an, mit welchen Werten argumentieren wir? Wie erzählen wir von unseren Erfahrungen, Diskriminierungen und Hoffnungen, formulieren wir unsere Standpunkte und Forderungen?

Darüber sollten wir uns austauschen – im LSVD, in der Community, im Alltag und auf den CSDs.

*Markus Ulrich*

# Diskriminierungsverbot ins Grundgesetz

Artikel 3 um „sexuelle Identität“ ergänzen

Die Verfassung ist „ein hochaktueller Leitfaden und von großer Bedeutung im täglichen Leben“, erklärte die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes anlässlich 70 Jahre Grundgesetz. So sei Artikel 3 des Grundgesetzes, wonach niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft oder seines Glaubens benachteiligt oder bevorzugt werden darf, im schulischen Alltag eine ganz konkrete Anforderung. „Denn es bedeutet: Man schlägt niemanden, man beleidigt niemanden, und man wertet niemanden ab.“

Da hat sie vollkommen Recht. Noch viel besser wäre es freilich, wenn im Grundgesetz endlich auch zum Ausdruck käme: Es darf auch niemand wegen der sexuellen Identität geschlagen, beleidigt oder abgewertet werden. Schließlich ist „schwul“ weiterhin ein Top-Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen. Erhebungen zufolge haben lesbische und schwule Jugendliche ein deutlich höheres Suizidrisiko als ihre heterosexuellen Altersgenossen. Das zeigt, welchem Druck sich ein Teil der lesbischen und schwulen Jugendlichen immer noch ausgesetzt sieht – von Seiten der Familie, in Schule oder dem sozialen Umfeld. Laut einer Befragung von LSBTI-Jugendlichen aus dem Jahr 2015 haben 82 % aller Teilnehmenden und sogar 96 % der Trans-Befragten Diskriminierung wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität erlebt.

Der LSVD hat nun einen erneuten Anlauf gestartet, damit endlich auch im Grundgesetz sichtbar wird: Niemand darf wegen der sexuellen Identität benachteiligt werden. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Kräfte – Frauenorganisationen, Bürgerrechtsgruppen, Gewerkschaften – unterstützen das Anliegen. Im Bundesrat liegt bereits ein entsprechender Gesetzentwurf des Landes Berlin, und im Mai 2019 haben die Fraktionen FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke eine gemeinsame Initiative auf Ergänzung des Grundgesetzes in den Bundestag eingebracht.

In den letzten Jahren hat das Bundesverfassungsgericht das verfassungsrechtliche Verständnis von Geschlecht um die Geschlechtsidentität erweitert und damit trans- und intergeschlechtliche Menschen in den Diskriminierungsschutz einbezogen. In seiner Rechtsprechung zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft hat es zudem die sexuelle Identität im Wesentlichen den Persönlichkeitsmerkmalen gleichgestellt, die in Art. 3 Abs. 3 GG ausdrücklich genannt sind. Das sind große Fortschritte. Dass Karlsruhe immer wieder korrigierend gegenüber diskriminierendem



*Doris Achelwilm (Die Linke), Jens Brandenburg (FDP), Ulle Schauws (Bündnis 90/Die Grünen) und Henny Engels (LSVD-Bundesvorstand) bei der Vorstellung des gemeinsamen Antrags*

staatlichem Handeln eingreifen muss, zeigt aber: Es wirkt sich bis heute negativ auf unsere Lebenssituation aus, dass sexuelle Identität im Verfassungstext nicht erwähnt ist. Wer dort nicht ausdrücklich genannt wird, läuft Gefahr, in der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit ignoriert zu werden.

Der Gleichbehandlungskatalog in Art. 3 Abs. 3 GG war 1949 die demokratische Antwort auf die nationalsozialistische Selektions- und Verfolgungspolitik. Homosexuelle waren von dieser Antwort damals noch ausgeschlossen. Das Grundgesetz hat sie lange Zeit nicht einmal vor schweren Menschenrechtsverletzungen wie der Strafverfolgung nach § 175 StGB geschützt. Es ist überhaupt nicht begründungsbedürftig, warum die sexuelle Identität in den speziellen Diskriminierungsschutz des Art. 3 Abs.3 ausdrücklich hinein gehört. Es ist begründungsbedürftig, dass sie da immer noch nicht drin ist. Die Nichtberücksichtigung schreibt eine zentrale Methode von Homophobie fort: Das Totschweigen von Lesben, Schwulen und Bisexuellen, ihr Marginalisieren und das Bagatellisieren von Diskriminierungen. Nach 70 Jahren Grundgesetz muss das ein Ende haben. Fundamentale Normen des Zusammenlebens wie das Diskriminierungsverbot wegen der sexuellen Identität müssen in der Verfassung für alle Menschen in unserem Land transparent und nachlesbar sein.

*Günter Dworek  
LSVD-Bundesvorstand*

# Selbstbestimmung geht anders!

Geplantes Gesetz zur Änderung des Geschlechtseintrags

Seit vielen Jahren warten transgeschlechtliche Menschen auf eine Reform des Transsexuellengesetzes. Immer wieder hatte das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht, dass die darin gestellten Bedingungen für eine rechtliche Änderung des Vornamens und des Geschlechtseintrags gegen das Persönlichkeitsrecht verstoßen. Aber: Noch immer müssen trans\* Menschen ein demütigendes und langwieriges gerichtliches Verfahren mit zwei Begutachtungen überstehen, die sie auch noch selbst bezahlen müssen.

Überraschend legten Anfang Mai Bundesjustizministerium und Bundesinnenministerium einen gemeinsamen Referentenentwurf für ein Gesetz zur Neuregelung der Änderung des Geschlechtseintrags vor. Verbänden gaben sie eine zweitägige Frist für eine Stellungnahme – bereits das für weitgehend auf Ehrenamt beruhende Verbände ein Unding. Dennoch formierte sich schnell eine lautstarke Kritik und auch der LSVD lehnte den Entwurf entschieden ab.

Denn: Die vorgesehenen Verbesserungen sind marginal. So wird etwa klargestellt, dass der Geschlechtseintrag „divers“ bzw. die Streichung des Geschlechtseintrages zukünftig auch trans\* Personen offen steht. Zudem ist ein Anspruch auf kostenfreie Beratung sowie die dauerhafte Finanzierung entsprechender Beratungskapazitäten vorgesehen.

Doch „Beratung“ ist ein Etikettenschwindel. De facto ist eine Zwangsberatung mit Gutachtencharakter gemeint. Wieder sollen Ärzt\*innen, Psycholog\*innen oder Therapeut\*innen die Geschlechtsidentität anderer beurteilen und bescheinigen. Neu eingeführt werden soll ein Mitspracherecht der Ehepartner. Wird ein Antrag abgelehnt, darf erst drei Jahre später ein neuer Antrag gestellt werden. Beides sind massive Verschlechterungen. Ein ausreichender Offenbarungsschutz fehlt und trans\* Eltern sollen weiterhin nicht mit ihrem bei der Geburt aktuellen Namen und Personenstand in die Geburtsurkunden ihrer Kinder eingetragen werden.

Statt ein einheitliches Verfahren für alle Menschen einzuführen, die eine Änderung ihres Vornamens und Geschlechtseintrags benötigen, sollen für inter\*

Personen Standesämter, für trans\* Personen Gerichte zuständig sein. Die Unterscheidung missachtet, dass eine klare Trennung unmöglich ist, und verstößt gegen das Diskriminierungsverbot aufgrund von Geschlecht im Grundgesetz. Dafür stellt der Entwurf abstruse Definitionen von Transgeschlechtlichkeit auf und verschlechtert auch die Situation für inter\* Menschen. Statt wie bisher „nur“ über eine vorliegende „Variante der Geschlechtsentwicklung“ sollen sie nun eine Bescheinigung über die „angeborene Variation der körperlichen Geschlechtsmerkmale“ vorlegen. Dabei können nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch Menschen, die keine „angeborene Variation“ aufweisen, sich aber ernsthaft und dauerhaft nicht dem für sie eingetragenen Geschlecht, sondern einem anderen oder keinem Geschlecht als zugehörig empfinden, die neuen Möglichkeiten des Personenstandsrecht in Anspruch nehmen. Nach dem Referentenentwurf müssen sich aber alle pathologisieren – denn die Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung zeigt, wer hier das Sagen haben soll. Erstens andere, und zweitens Mediziner\*innen.

Kurzum: Der Entwurf schafft nicht die vom Bundesverfassungsgericht angemahnte Möglichkeit der selbstbestimmten Änderung des Geschlechtseintrages allein aufgrund der selbstempfundenen Geschlechtsidentität.

Der laute Protest scheint erstmal gewirkt zu haben. Bis Redaktionsschluss wurde der Entwurf nicht ins Kabinett eingebracht. Innen- und Justizministerium müssen nachbessern. Vorbilder könnten Länder wie Belgien, Dänemark oder Malta sein, die mit ihrer Gesetzgebung Selbstbestimmung respektieren. Sollte eine Beratungspflicht eingeführt werden, muss klar sein, dass die Beratung ergebnisoffen ist und das Vorlegen einer Teilnahmebescheinigung ausreicht.

In ihrem Koalitionsvertrag versprach die Bundesregierung, geschlechtliche Vielfalt zu respektieren. Mit diesem Entwurf tut sie das gerade nicht.

*Markus Ulrich*  
LSVD-Pressesprecher



# Von Mit-Müttern und halbherzigen Kompromissen

Geplante Reform des Abstammungsrechts

Im März dieses Jahres hat das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz den lange erwarteten Entwurf zur Reform des Abstammungsrechts vorgelegt. Durch den Entwurf sollen gleichgeschlechtliche Frauenpaare, in deren Ehe oder Lebenspartnerschaft ein Kind hineingeboren wird, mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren gleichgestellt werden. Die Mit-Mütter sollen wie Ehemänner mit der Geburt des Kindes zweiter rechtlicher Elternteil des Kindes werden. Die bisher notwendige Stiefkindadoption wäre überflüssig. Ebenso soll die Gleichstellung erfolgen bei unverheirateten bzw. unverpartnerten Frauenpaaren, indem eine Frau ihre Mit-Mutterschaft in öffentlich-beurkundeter Form anerkennen kann; auch auf diesem Wege soll die Mit-Mutter von Geburt an zweiter rechtlicher Elternteil des Kindes sein können.

## **Mit-Mutterschaft aufgrund von Ehe oder Mutterschaftsanerkennung**

Es ist sehr zu begrüßen, dass es diese Regelungen zunächst allen Frauenpaaren ermöglichen soll, von Geburt an gemeinsam rechtliche Eltern ihres Kindes zu sein; unabhängig davon, ob ihr Kind durch eine ärztlich assistierte künstliche Befruchtung oder durch eine private Samenspende gezeugt wurde. Nicht gerechtfertigt ist aber die in der Folge dann getroffene weitgehende Unterscheidung zwischen ärztlich assistierter künstlicher Befruchtung einerseits und privater Samenspende andererseits.

Die meisten künstlichen Befruchtungen bei lesbischen Paaren erfolgen ohne ärztliche Assistenz, vor allem weil sie die Kosten für eine solche Behandlung nicht aufbringen können. Daher suchen sich Frauen, die gesund sind und die Inseminationen selbst vornehmen können, häufig einen privaten Samenspender im Freundeskreis oder in sogenannten Spenderportalen.

Der Weg der privaten Samenspende soll nun mit dem vorliegenden Entwurf rechtlich deutlich schlechter gestellt werden; dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass der Gesetzgeber aus grundsätzlichen Erwägungen zum Recht der Kinder auf Kenntnis ihrer Abstammung und der Sicherstellung der Erfassung im Spenderregister der Insemination durch privaten Spendersamen kritisch gegenübersteht. Die vorgeschlagene Regelung ist hier jedoch völlig ungeeignet. Viel sachdienlicher

wäre es, die Kostenübernahme der ärztlich assistierten Insemination für gleichgeschlechtliche Paare über § 27a SGB V sicherzustellen.

## **Klarstellung im ärztlichen Berufsrecht**

Gleichgeschlechtliche Paare und alleinstehende Frauen wenden sich auch deshalb an ausländische Samenbanken, weil die deutschen Samenbanken und Kinderwunschpraxen ihnen gegenüber Vorbehalte haben. Eine Durchsicht der Berufsordnungen der Ärztekammern und der ergänzenden „Richtlinien zur assistierten Reproduktion“ zeigt, dass es über die Zulässigkeit der assistierten Reproduktion bei Lebenspartnerinnen unter den Landesärztekammern keinen Konsens gibt. Daher bedarf es einer bundesrechtlichen Klarstellung über die Zulässigkeit der Insemination mit Fremdsamen bei gleichgeschlechtlichen Paaren. Diese fehlt im vorliegenden Entwurf.

## **Rechtssicherheit vor der Zeugung**

Zudem soll die Anerkennung der Vater- oder Mutterschaft vor der Zeugung des Kindes weiterhin unmöglich sein. Das ist völlig verfehlt. Es ist gerade geboten, dass Mutter, Co-Mutter und Samenspender entsprechende Absprachen treffen, und zwar bevor sie eine Familie gründen

## **Verzicht auf Elternschaft**

Richtig ist dagegen der Vorschlag, dass der Samenspender nicht als Vater festgestellt werden kann, wenn er bei der Überlassung des Samens ausdrücklich oder stillschweigend zum Ausdruck gebracht hat, dass er für das Kind keinerlei Verantwortung übernehmen will. Demgemäß soll ausgeschlossen werden, dass der Samenspender als Vater festgestellt wird, wenn er seinen Samen einer Samenbank zur Verfügung gestellt hat. Das gilt auch wenn er eine Frau in eine Kinderwunschpraxis begleitet, damit dort mit seinem Samen eine Kinderwunschbehandlung durchgeführt wird, und er ausdrücklich auf die Elternschaft verzichtet oder sein Einverständnis mit der Aufnahme seiner Daten in das Samenspenderregister erklärt hat.

Die vorgesehene Beschränkung auf ärztlich assistierte Reproduktion führt aber in ein abwegiges zweigleisiges System. Es ist unbedingt erforderlich, dass bei privaten Samenspenden die Möglichkeit einer bindenden präkonzeptionellen Erklärung des Samenspenders etabliert wird, mit der dieser auf die Elternschaft verzichten kann.



Foto: Caro Kadatz / LSVD

### **Anfechtungsrechte**

Wie bereits dargelegt, sollte das Recht auf Anfechtung der Mit-Mutterschaft durch den Samenspender nicht davon abhängig gemacht werden, ob eine Zeugung durch eine Insemination mit oder ohne ärztliche Assistenz erfolgt ist. Die Beschränkung des Schutzes vor einer solchen Anfechtung auf die Fälle, bei denen eine ärztlich assistierte künstliche Befruchtung erfolgt, ist entschieden abzulehnen.

Doch nach dem Entwurf hat der private Spender in den ersten sechs Lebensmonaten des Kindes immer ein Anfechtungsrecht. Das Anfechtungsrecht bleibt über die ersten sechs Monate hinaus bestehen, wenn der Spender eine sozial-familiäre Beziehung zum Kind hat. Ein Anfechtungsrecht wird daher begünstigt, wenn es Kontakt zwischen Spender und Kind gibt. Das würde jedoch gerade dazu führen, dass der Kontakt zum Spender/ biologischen Vater nur aus Angst vor einer Anfechtung der Mit-Mutterstellung vermieden wird und widerspräche dem Kindeswohl.

Erforderlich wäre zumindest die Möglichkeit des präkonzeptionell zulässigen und bindenden Verzichts des Samenspenders auf seine Elternrechte. Dies trägt dem Interesse der Mütterpaare an einer geregelten Rechtslage ebenso Rechnung, wie dem Interesse des Samenspenders daran, nicht entgegen vorheriger Absprache auf Unterhalt in Anspruch genommen zu werden. Der aktuelle Diskussionsentwurf schafft hier sogar eine größere Rechtsunsicherheit als bislang. Jetzt ist zumindest die vorgeburtliche Zustimmung des Samenspenders zur Stiefkindadoption durch die Co-Mutter möglich und diese kann durch Zugang beim Familiengericht auch bereits vorgeburtlich unwiderruflich werden.

### **Sprachlich verunglückt: die Mit-Mutter**

Schließlich ist die Bezeichnung der zweiten Mutter als „Mit-Mutter“ abzulehnen. Gleichgeschlechtliche Frauenpaare legen oft großen Wert darauf, dass aus der Geburtsurkunde nicht hervorgeht, wer die leibliche Mutter ist. Das ist vor allem für die Co-Mutter und ihr Selbstverständnis als rechtlicher Elternteil des Kindes wichtig. Es ist völlig ausreichend, dass die leibliche Mutter des Kindes aus der Geburtsanzeige hervorgeht, die sich bei den Sammelakten des Standesamtes befindet.

Darüber hinaus ist es zum Wohl der Kinder unbedingt erforderlich, trans\*- und intergeschlechtlichen Eltern die Möglichkeit zu eröffnen, bei dem Eintrag in die Geburtsurkunde selbst zu bestimmen, ob sie dort nach einem Personenstandswechsel mit dem aktuellen oder dem früheren Geschlechtseintrag stehen möchten.

### **Regelungen zur Mehr-Elternschaft und Elternschaftsvereinbarung fehlen völlig**

Dem Gesetzesentwurf fehlt zudem jede visionäre Kraft für die rechtliche Gestaltung von neuen Familienmodellen. Mehreltern-Regenbogenfamilien, bei denen sich häufig bis zu vier Personen schon vor der Zeugung bereit erklären, gemeinsam Verantwortung für das Kind zu übernehmen, erhalten keinerlei Rahmen, um ihre Familienplanung rechtlich verbindlich und belastbar zum Wohl der Kinder im Wege einer Elternschaftsvereinbarung zu gestalten.

*Gabriela Lünsmann, LSVD-Bundesvorstand*

### **Ausführliche Stellungnahme des LSVD:**

[www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Reformvorhaben/2019\\_05\\_19\\_LSVD-Stellungnahme\\_Abstammungsrecht.pdf](http://www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Reformvorhaben/2019_05_19_LSVD-Stellungnahme_Abstammungsrecht.pdf)



Foto: Marcelo Leaf on Unsplash

# Diskriminierung macht krank

Eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!

**D**as Verhältnis von lesbischen Frauen, schwulen Männern und trans\*- und intergeschlechtlichen Menschen zur Medizin ist historisch betrachtet schwierig und geprägt durch Pathologisierung. Erst 1990 hat die Weltgesundheitsorganisation WHO beschlossen, Homosexualität nicht mehr als psychische Krankheit zu definieren. Doch wie sieht es mit der lesbischen, schwulen, bi-, trans\* und intersexuellen Gesundheit heute aus?

Lesben, Schwule, bisexuelle, trans\*- und intergeschlechtlichen Menschen erfahren in der Gesellschaft zunehmend Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung. Ihre gesundheitlichen Anliegen werden bisher jedoch kaum wahrgenommen und thematisiert. In unserem Gesundheitssystem finden sie keine besondere Berücksichtigung.

„Wir behandeln alle gleich!“ ist oft der Tenor. Es stellt sich jedoch die Frage:

- Reicht es aus, einfach alle gleich zu behandeln?
- Sind die Angebote im Gesundheitsbereich wirklich für alle gleich gut nutzbar?
- Welche Folgen hat es, wenn das medizinische Fachpersonal wenig über Lebenslagen, gesundheitsbezogene Bedürfnisse und spezifische Krankheitsrisiken von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans\*- und intergeschlechtlichen Menschen weiß?
- Was bedeutet es für deren Gesundheit und deren Krankheitsprävention, wenn es nur relativ wenig wissenschaftliche Studien zu ihrem Gesundheitsverhalten und ihren Krankheitsrisiken gibt?
- Welche Auswirkungen haben Diskriminierungs- und Marginalisierungserfahrungen auf die psychische und physische Gesundheit?

Alle Menschen, die eine Ärzt\*in oder einen Psychotherapeut\*in aufsuchen, erhoffen sich fachkompetente Hilfe und Unterstützung in ihrer gesundheitlichen Situation. Sie möchten mit ihren Anliegen ernst genommen und als Menschen respektvoll behandelt werden – so auch Lesben, Schwule, bisexuelle, trans\*- und intergeschlechtliche Menschen.

Doch Geschlechtervorstellungen haben ganz grundsätzlich Auswirkungen auf Gesundheit und Gesundheitsverhalten. Eine gute Gesundheitsversorgung erfordert Fachwissen und Fachkompetenz im Umgang mit den verschiedenen Lebensrealitäten und Lebensweisen. Nicht immer ist dieses Fachwissen vorhanden, wenn es zum Beispiel um die Prävention von sexuell übertragbaren Erkrankungen zwischen Frauen oder auch den Einsatz der HPV-Impfung zur Krebsprävention bei Männern geht. Hierüber haben die wenigsten Ärzt\*innen im Medizinstudium etwas gelernt und auch in Fachbüchern findet sich kaum etwas. Auch wünschen sich viele lesbische Frauen\* Kinder und berichten von großen Schwierigkeiten, fachkompetente ärztliche Begleitung in dieser Situation zu finden. Teilweise fahren sie über hunderte von Kilometern, um eine unterstützende Gynäkolog\*in aufzusuchen. Die Frauen- und Lesbenbewegung hat zudem aufgezeigt, dass Arzneimittel an überwiegend an jungen, weißen, cismännlichen Menschen getestet und Unterschiede bezüglich Stoffwechsel und Hormonstatus übergangen werden. Folgen sind Überdosierung von Medikamenten bzw. fehlendes Wissen um geschlechtsspezifische Symptome von Krankheiten bzw. Risiken und Nebenwirkungen von Frauen\*.

Auch Lesben, Schwule, bisexuelle, trans\*- und intergeschlechtliche Menschen, die psychotherapeutische Behandlung zum Beispiel wegen Depressionen oder Suchterkrankungen suchen, machen diskriminierende negative Erfahrungen. So werden etwa ihre psychischen Probleme auf ihre Lebensweise zurückgeführt – so, als seien sie deshalb depressiv erkrankt oder suchtbetroffen, weil sie nicht-heterosexuell leben. Das ist nicht nur fachlich falsch, sondern verschließt auch den Zugang zu etlichen Stärken und Ressourcen, die Menschen mitbringen und benötigen, um mit psychischen Erkrankungen zu leben.

Die häufigste Form von Diskriminierung geschieht aber zumeist nicht mit Absicht: Viele Menschen in Gesundheitsberufen sind selbst heterosexuell und gehen ganz selbstverständlich davon aus, dass alle ihre Patient\*innen ebenfalls heterosexuell leben. Für nicht-heterosexuelle Menschen ist es dann immer wieder eine große Herausforderung, sich mit der Situation konfrontiert zu sehen, dass ihnen eine heterosexuelle Lebensweise unterstellt wird. Sie müssen dann entscheiden, ob sie diesen Irrtum korrigieren oder ihn hinnehmen. In jedem Fall ist das Signal, dass ihre Lebensweise eben nicht selbstverständlich, sondern anders ist. Diese Erfahrung hat häufig die problematische Folge, dass Einrichtungen des Gesundheitssystems eher gemieden werden und z.B. Präventionsangebote nicht in erforderlichen Maß wahrgenommen werden.

Im schlimmsten Fall kommt es aber auch immer noch zu offenen Diskriminierungen: Beispielhaft sind hier die Stigmatisierungserfahrungen von Menschen mit HIV zu nennen und die Psychopathologisierung von

Transidentität durch am Bedarf vorbeigehende Richtlinien der medizinischen Behandlung und den schwierigen Zugang zu Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Intergeschlechtliche Menschen schließlich sind bis heute am offensichtlichsten Verletzungen ihres Rechts auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung ausgesetzt. Dies betrifft vor allem irreversible Eingriffe ohne medizinische Notwendigkeit und ohne die vorherige freie und informierte Einwilligung der intergeschlechtlichen Person selbst.

Diskriminierung in der Gesundheitsversorgung ist deshalb besonders fatal, weil sich Menschen, die auf gesundheitliche Hilfe angewiesen sind, in einer besonders verletzlichen Situation befinden. Deshalb ist das Recht auf den bestmöglichen Zustand seiner körperlichen und geistigen Gesundheit im UN-Sozialpakt verbrieft und beinhaltet einen diskriminierungsfreien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Die Genfer Deklaration des Weltärztebundes setzt zudem den medizin-ethischen Maßstab für Ärzt\*innen. Darin ist die Nicht-Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung explizit aufgeführt.

Dass Diskriminierungserfahrungen eine gesundheitliche Belastung darstellen und Diskriminierungen den Zugang zum gesundheitlichen Versorgungssystem erschweren, wurde bereits in verschiedenen internationalen – leider aber nicht nationalen – Studien gezeigt. So ist es bezeichnend, dass der aktuelle Gesundheitsbericht des Robert Koch Instituts auf 500 Seiten mit keinem Wort auf die Bedeutung der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität in der Gesundheitsversorgung eingeht.

Dabei beschreibt schon die Ottawa Charta der WHO zur Gesundheitsförderung aus dem Jahr 1986 - vor über 30 Jahren -, dass Gesundheitsförderung auf Chancengleichheit auf dem Gebiet der Gesundheit gerichtet sein muss und darauf zielen soll, gleiche Möglichkeiten und Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Menschen zur Stärkung ihrer Gesundheit befähigt werden. Hierfür bedarf es auch regional einer wirklich inklusiven Gesundheitsversorgung, welche die besonderen Bedarfe von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans\*- und intergeschlechtlichen Menschen wahrnimmt und die in der Gesundheitsversorgung tätigen Menschen befähigt, diesen Bedarfen respektvoll und auf Augenhöhe zu begegnen.

Eine erfreuliche Ausnahme in der queeren Gesundheitsforschung stellt die Queergesund-Studie von Gabriele Dennert dar; ansonsten fehlen in Deutschland sowohl spezifische Gesundheitsberichte, als auch Studien über das Gesundheitsverhalten und die Gesundheitsversorgung von LSBTI. Wir brauchen aber diese Daten, um Präventions- und Interventionsbedarfe besser zu verstehen, Maßnahmen zielgruppengerecht und effektiv konzipieren zu können und auch Beratungskompetenzen des medizinischen Personals sowie die Gesundheitsversorgung für LSBTI zu verbessern. Denn Diskriminierung macht krank.

*Gabriela Lünsmann, LSVD-Bundesvorstand  
Markus Ulrich, LSVD-Pressesprecher*

# „Umpolung“ ächten

Verbot von Konversionstherapien

Durch eine „Kombination von Therapie, speziellen Selbsthilfegruppen und geschulter Selbstsorge“ könnten Lesben und Schwule das eigene „heterosexuelle Potential“ entwickeln. Damit ihre „homosexuelle Neigungen“ abnehmen, bräuchte es neben einer geeigneten Therapie „Motivation, Ausdauer, Bereitschaft und Mut, sich den schmerzhaften inneren Konflikten emotional zu stellen“. So steht es in den vom österreichischen Magazin „Falter“ veröffentlichten internen Schulungsunterlagen für Kursleiter von TeenSTAR Österreich – einem Verein, der sexualpädagogische Aufklärungsworkshops für Eltern, Kinder und Schulen anbietet und bei unseren Nachbarn mittlerweile stark in der Kritik steht.

## Alte Bekannte

TeenSTAR ist eine internationale, streng konservative Sexualerziehungsbewegung mit missionarischen Tendenzen und hat laut Eigenaussage auch 230 Mitglieder in Deutschland. Der Verein wird hierzulande auch von der Offensive Junge Christen (OJC) unterstützt und hat Verbindungen zur sogenannten „Demo für Alle“ um Hedwig von Beverfoerde. Alte Bekannte.

Aber auch die Deutsche Bischofskonferenz bewirbt das Angebot auf ihrer Webseite [www.praevention-bildung.dbk.de](http://www.praevention-bildung.dbk.de).

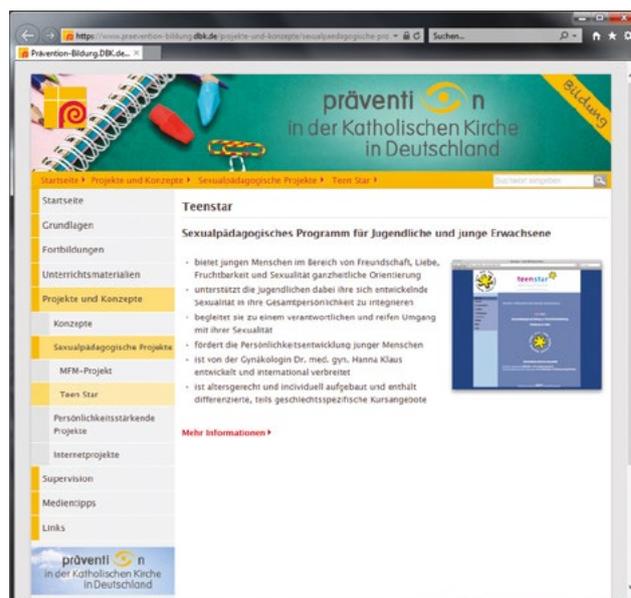
Bekannt ist, dass TeenSTAR Deutschland Kurse an sächsischen Grundschulen durchgeführt hat. Was genau vermittelt wird, ist (noch) unklar. Die Fraktion der Linken im Sächsischen Landtag fragt nun die Landesregierung zu den Aktivitäten von „TeenSTAR“ in Sachsen.

## Schwere gesundheitliche Folgen

Ausgehend von einer Abwertung von Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit werden sogenannte „Umpolungs- und Konversions-therapien“ vor allem von religiös-fundamentalistischen Organisationen angeboten. Sie richten sich an Menschen, die ihre eigenen Gefühle oft als Widerspruch zu ihrer religiösen Überzeugung erleben und sich eine Veränderung erhoffen. Statt sie jedoch darin zu bestärken, sich so anzunehmen wie sie sind, werden ihnen weiter Schuld, Selbsthass und Scham eingepflichtet. Mit schweren gesundheitlichen Folgen. Wissenschaftliche und medizinische Verbände auf nationaler und internationaler Ebene warnen seit Langem vor diesem Treiben. Gleichwohl findet es nach wie vor in Deutschland statt.

## Initiative vom Gesundheitsminister und im Bundesrat

Nicht zuletzt nach einer von über 80.000 Menschen unterzeichneten Petition hat Gesundheitsminister Jens Spahn eine Fachkommission eingerichtet, die Vorschläge für ein wirksames Verbot dieser Therapien erarbeiten soll. Gabriela Lünsmann aus dem LSVD-Bundesvorstand und Hartmut Rus vom LSVD-Netzwerk „Mission Aufklärung“ sind Mitglied.



Screenshot der Seite der Deutschen Bischofskonferenz [www.praevention-bildung.dbk.de](http://www.praevention-bildung.dbk.de)

Auch der Bundesrat befasst sich mit diesem Thema. Die Länder Hessen, Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein haben einen Antrag eingebracht, der sich für ein Verbot von sogenannten Konversionstherapien ausspricht und die Bundesregierung dazu auffordern würde, umfassende Maßnahmen für eine effektive Ächtung dieser Angebote auf den Weg zu bringen. Der Bundesrat hat dem am 17. Mai 2019 zugestimmt.

Für den LSVD ist ebenfalls klar, dass es für die effektive Ächtung neben einem bloßen Verbot der Bewerbung oder Durchführung solcher hanebüchener Angebote ein Maßnahmenpaket braucht.

So darf es etwa keinerlei öffentliche Förderung für Institutionen geben, die solche „Behandlungen“ anbieten oder empfehlen. Ein eventueller Status der Gemeinnützigkeit oder als freier Träger der Jugendhilfe müsste aberkannt werden. Organisationen, die diese Angebote gutheißen, sollten mit Ausschluss aus Wohlfahrtsverbänden rechnen müssen. Vor allem religiöse Autoritäten wie die Deutsche Bischofskonferenz oder die EKD müssen öffentlich vor solchen gefährlichen Pseudo-Therapien warnen. Zudem muss das Thema in die Lehrpläne aufgenommen werden, um gerade Kinder und Jugendliche vor diesen gefährlichen Angeboten zu schützen.

Markus Ulrich  
LSVD-Pressesprecher

# Gleichstellungsgegner\*innen die Stirn bieten

LSVD-Projekt „Miteinander stärken“

**R**echtspopulistischen Ideologien entgegenzutreten ist eine Herausforderung. Viele Verbände, die wie der LSVD im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mitwirken, sehen mit Sorge eine drohende gesellschaftliche Spaltung. Die Grenzen des Sagbaren haben sich bereits verschoben, und diskriminierende Meinungen werden immer offener vertreten.

## Deckmantel Meinungsfreiheit?!

Gegner\*innen von Gleichstellung versuchen menschenfeindliche Haltungen unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit zu legitimieren. Abwertende Haltungen gegenüber Minderheiten werden so in die gesellschaftliche Mitte transportiert und reproduziert. Hemmschwellen für verbale und nicht selten auch körperliche Angriffe sind in den letzten Jahren deutlich gesunken. Ideologien der Ungleichwertigkeit wirken dabei oft als Katalysator und sollen gewalttätige Angriffe legitimieren. Vereine und Organisationen sollten hier Haltungen entwickeln, die sie auch in ihrem alltäglichen Handeln umsetzen können.

Ins Visier geraten nicht nur Journalist\*innen oder Politiker\*innen, sondern auch LSBTI\*, Muslim\*innen, Jüd\*innen, Sinti und Roma. Alle die sich den Positionen von Rechten entgegenstellen, werden zum „Volksfeind“. So geraten auch zivilgesellschaftliche Organisationen unter Druck und sehen sich in ihren Handlungsspielräumen bedroht. Das Zusammenwirken von religiösen Fundamentalist\*innen und Organisationen aus dem rechten Spektrum verschärft die Situation.

## Was kann man tun?

Vor diesem Hintergrund empowert das LSVD-Projekt „Miteinander stärken“ seit 2017 Aktivist\*innen, Bündnispartner\*innen und andere zivilgesellschaftliche Akteur\*innen. Wie können Initiativen reagieren, wenn die eigene Arbeit von Rechts diskreditiert und angegriffen wird? Welche Strategien unterstützen das Miteinander von Organisationen in unterschiedlichen Themenbereichen? Wie lässt sich im Rahmen der politischen Bildung für eine vielfältige Demokratie werben?

Gemeinsam mit Organisationen wie dem Arbeiter-Samariter-Bund NRW, dem Deutschen Bundesjugendring, dem Bundesverband Netzwerke von Migrant\*innenorganisationen oder dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma diskutierten und entwickelten wir Handlungsansätze. Das Projekt hat so in den letzten



**Rechtspopulismus entgegenwirken**

Monaten hunderte Fachkräfte und Aktive zusammengebracht, gestärkt und eine Allianz der Vielfaltsverteidiger\*innen angestoßen.

## Regenbogenparlament 2019 in Hamburg

Weiterer wichtiger Teil des Projektes sind die Regenbogenparlamente. Nach Berlin und Köln wird das Dritte Regenbogenparlament am 07. September 2019 an der Universität Hamburg stattfinden.

Gemeinsam mit der Hamburger Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung und der Universität Hamburg sollen diesmal vor allem Themen diskutiert werden, die besonders junge Menschen bewegen. Der professionelle Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Jugendarbeit steht dabei ebenso auf der Agenda wie die Themen „Soziale Medien“, Schule & Bildung, internationale Jugendarbeit oder auch das Thema „Jung, queer und auf der Flucht“.

Das „Regenbogenparlament“ hat sich seit seinem Auftakt an der Humboldt-Universität zum bundesweit einmaligen Leuchtturm-Forum für das Thema „Regenbogenkompetenz“ entwickelt. Neben dem fachlichen Austausch dient es vor allem auch der Bildung eines breiten Bündnisses, um die Akzeptanz der Vielfalt von Identitäten und Lebensweisen im gesellschaftlichen Miteinander zu verankern.

*Jürgen Rausch & René Mertens*  
LSVD-Projekt „Rechtspopulismus entgegenwirken“  
[www.miteinander-staerken.de](http://www.miteinander-staerken.de)

# LSBTI-Geflüchteten zu ihrem Recht verhelfen

Projekt „Queer Refugees Deutschland“

Im letzten Jahr hat sich im Bereich Asyl viel getan. Vieles davon geht auf den Einsatz von unzähligen LSBTI-Organisationen und Aktivist\*innen in ganz Deutschland zurück. Mit dem Projekt „Queer Refugees Deutschland“ trägt der LSVD hierbei bundesweit zur Vernetzung und zur Qualifizierung bei. Aber: Noch immer erhalten LSBTI-Geflüchtete aus Verfolgerstaaten regelmäßig vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) negative Asylbescheide. Oder sie finden nicht den Mut, sich wenige Tage nach Antragsstellung in den Anhörungen überhaupt zu outen.

Dies liegt neben einer lebenslang angelegten Angst und Scham auch daran, dass Deutschland seinen EU-rechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommt. So ist in der EU-Verfahrensrichtlinie festgelegt, dass Deutschland im Asylverfahren Maßnahmen ergreifen muss, um besondere Verfahrensgarantien für die Personengruppen sicherzustellen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, ihre Verfolgungsgründe vorzubringen.

Die bisher getroffenen Maßnahmen greifen da zu kurz. So werden Geflüchtete weder systematisch darüber informiert, dass ihre sexuelle oder geschlechtliche Identität von entscheidender Bedeutung sein kann, noch dass man in Deutschland darüber sprechen kann! Auch die Sprachmittler\*innen werden nicht systematisch geschult, so dass uns viele LSBTI-Geflüchtete negative Erfahrungen berichten.

Gleichzeitig schult jedoch das BAMF seit einigen Monaten systematisch alle Anhörenden und Entscheidenden zu Diversity-Themen. So gibt es eine interessante Zusammenarbeit zwischen unserem Projekt und dem BAMF für die neu eingesetzten BAMF-Beratenden. Diese zumeist ehemaligen Anhörenden informieren und beraten Geflüchtete - vor allem aber nicht nur in den ANKER-Zentren - in Bezug auf das Asylverfahren. Dies ist nicht unumstritten. Denn: Das darf keinesfalls die unabhängige Asylberatung durch die freien Träger ersetzen! Jedoch bietet es auch Chancen: So schult das LSVD-Projekt diese Beratenden, wie sie in der Erstinformation und den Beratungsgesprächen systematisch zeigen können, dass es möglich und asylrechtlich relevant ist, im Verfahren die eigene Orientierung oder Identität offenzulegen.

Auch beim Gewaltschutz in Sammelunterkünften ist noch viel zu tun, da Deutschland auch die EU-Aufnahmerichtlinie nicht umsetzt. Eine spannende Kooperation hat sich hier mit der Bundesinitiative zum Schutz geflüchteter Menschen in Flüchtlingsunterkünften ergeben. Geplant ist, die neu eingesetzten Gewaltschutzmultiplikator\*innen dahingehend zu schulen, wie sie in den Sammelunterkünften in ihren jeweiligen Regionen Maßnahmen zum Schutz



Foto: Caro Kadatz

*Lilith Raza und Patrick Dörr leiten das Projekt Queer Refugees Deutschland*

von LSBTI-Geflüchteten ergreifen können. Dazu bietet das LSVD-Projekt eine Reihe von Materialien - von Beratungsflyern, über Poster bis hin zu Aufklebern, die auf der Projektseite [www.queer-refugees.de](http://www.queer-refugees.de) heruntergeladen werden können.

Auch die Broschüre zum Thema Gleichberechtigung wurde neu aufgelegt. Sie wurde vom Arbeiter-Samariter-Bund zusammen mit dem Paritätischen und dem LSVD entwickelt und erklärt in nunmehr 13 Sprachen kurz und knapp die rechtliche Situation von Frauen und Männern bzw. von Menschen verschiedener sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität in Deutschland.

Seit Dezember 2017 hat das Projekt zudem fünf Workshops mit geflüchteten LSBTI-Aktivist\*innen durchgeführt. Ziel dieser Workshops ist es, sie darauf vorzubereiten, einen bundesweiten Verein zu gründen und so ihre Stimme zu erheben. In den bisherigen fünf Workshops trafen sich insgesamt 27 Personen aus elf Bundesländern und dreizehn Herkunftsländern.

Das Projekt wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Integration, Migration und Flüchtlinge bis Ende 2020 gefördert.

*Patrick Dörr und Lilith Raza  
LSVD-Projekt „Queer Refugees Deutschland“*

# Sind nicht alle Familien bunt?

Fortbildungsangebot für Regenbogenkompetenz in der Beratung

Fachkräfte in der Familienberatung haben den Anspruch, alle Familien wertschätzend und hilfreich zu unterstützen. Wer LSBTI\* Eltern und ihre Kinder wirkungsvoll begleiten will, sollte professionell und möglichst diskriminierungsfrei gerade mit den Themen der sexuellen und geschlechtlichen Identität und der Vielfalt von Familienformen umgehen können.

Das hierzu notwendige Wissen, die Fähigkeiten und Fertigkeiten, wird Regenbogenkompetenz genannt. Zur Stärkung der Regenbogenkompetenz speziell in der Beratung von Regenbogenfamilien bieten wir das Fortbildungsprogramm „Sind nicht alle Familien bunt?“ an.

## Familiäre Herausforderungen im Alltag

Während noch vor 20 Jahren ein lesbisches, schwules oder transgeschlechtliches Coming-out meist gleichbedeutend mit einem Abschied von einem eigenen Kinderwunsch war, gehört eine Familiengründung heute zunehmend unabhängig von der eigenen sexuellen Identität zu einem erfüllenden und sinnstiftenden Lebensentwurf. Studien zeigen etwa, dass jede(r) zweite Lesbe und Schwule später ihr/sein Leben mit Kindern verbringen will.

Dass Kinder sich in Regenbogenfamilien genauso gut entwickeln wie Kinder, die in Mutter-Vater-Kind-Konstellationen aufwachsen, wissen wir. Das bedeutet jedoch nicht, dass das Leben als Regenbogenfamilie frei von Herausforderungen ist. Sie umfassen teils klassische familienbezogene Probleme wie etwa die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und erzieherische oder partnerschaftliche Herausforderungen. Hinzu können „regenbogenspezifische“ Probleme und Notwendigkeiten kommen, wie etwa Grauzonen und Hürden bei der Verwirklichung des Kinderwunsches, der Umweg über eine Stiefkind-adoption zur doppelten rechtlichen Absicherung leiblicher Kinder oder das alltägliche Coming-out als Regenbogenfamilie.

## In über 60 Schulungen erprobtes Trainingsprogramm

Bei all diesen Aufgaben könnte eine fachkundige Begleitung durch lokale Beratungsstellen eine große Unterstützung sein. So ist es bemerkenswert, dass selbst langjährig berufserfahrene Berater\*innen lesbische Mütter, schwule Väter oder trans\* Eltern nur sehr selten zu ihren Klient\*innen zählen.

Mit unserem Fortbildungsangebot „Sind nicht alle Familien bunt?“ geben wir Fachkräften in Beratungseinrichtungen bundesweit Gelegenheit, sich mit den Herausforderungen und Potenzialen von Regenbogenfamilien vertraut zu machen. Hierfür hat das Projektteam ein Trainingsprogramm entwickelt, das in über 60 Schulungen mit annähernd 1.200 Fachkräften erprobt und optimiert werden konnte.

## Reflektion der eigenen (unbewussten) Vorurteile

Regenbogenfamilien laden aufgrund ihrer nicht heteronormativen Familienstruktur dazu ein, über verbreitete und vielleicht lieb gewordene Vorstellungen nachzudenken: Über tragfähige Familienformen, Elternrollen und Bedingungen, unter denen Kinder gut aufwachsen oder gut „auf die Welt kommen“. Und wir alle tragen sozialisationsbedingt solche heteronormativen Vorstellungen in uns, und dies unabhängig von der eigenen sexuellen Identität. Auch wenn wir das noch so sehr wollten, wir können uns nicht „per Beschluss“ von ihnen frei machen.

Daher ist es für den Ausbau von Regenbogenkompetenz notwendig, über den reinen Wissenserwerb hinaus, auch den eigenen Gefühlen, Vorurteilen und Werten in Bezug auf Regenbogenfamilien und Geschlechterrollen nachzuspüren, im Wissen um die Relativität eigener Vorstellungen und Wertmaßstäbe.



Foto: Carro Kautatz

Wenn Sie und Ihre Beratungsstelle Interesse an einer Fortbildung haben, wenden Sie sich gerne an

Dr. Elke Jansen, [elke.jansen@lsvd.de](mailto:elke.jansen@lsvd.de)

[www.regenbogenkompetenz.de](http://www.regenbogenkompetenz.de)



# 20 Jahre Lesben im LSVD

Gemeinsam besser, gemeinsam stärker,  
gemeinsam erfolgreicher



*Halina Bendkowski  
(eine der ersten Vorstandsfrauen)*



*Axel Hochrein  
(LSVD-Bundesvorstand)*

**A**ls ich einer Freundin erzählte, dass ich mich nach meiner Pensionierung im LSVD-Bundesvorstand engagieren wollte, war ihre Reaktion „Der LSVD – das ist doch der Schwulenverein, in dem die Lesben jetzt auch mitspielen dürfen?“ Ermutigung geht anders. Und heute, etliche Jahre später, kann ich sagen, dass der Satz so einfach nicht stimmt.

40 Prozent der Mitglieder des Verbandes sind weiblich, im Bundesvorstand waren es zeitweise mehr als die Hälfte der Mitglieder. Und die Frauen im Vorstand „spielen nicht nur mit“. Am 7. März 2019 jährte sich die Erweiterung des SVD um die Lesben zum LSVD zum zwanzigsten Mal. Diese Erweiterung war ein bedeutendes und prägendes Ereignis – für unseren Verband und für die Lesben- und Schwulenbewegung in Deutschland.

## **Lesbeninitiative „Wir wollen heiraten“**

Der Anstoß kommt von der Lesbeninitiative „Wir wollen heiraten“. Diese gründet sich nach einem gleichlautenden Workshop auf dem Lesbenfrühlingstreffen 1998 (LFT) in Freiburg. Dort hatten Dorothee Markert und Ute Knüfer erklärt: „Wir wollen heiraten – noch in diesem Jahrhundert“. Es gehe nicht darum, ob Lesben heiraten sollten, sondern um „die symbolische und politische Bedeutung der Öffnung dieser Institution für uns“. Die im September 1998 anstehende Bundestagswahl wurde dabei als gute Gelegenheit gesehen, die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften einzufordern.

Obwohl sich der Initiative über 300 Frauen anschließen, stößt sie bei den damaligen Lesbenorganisationen mit dieser Forderung auf wenig Gegenliebe. Renate Rampf schreibt dazu in ihrem Artikel „Die Erfindung der Homo-Ehe“, dass ihnen entgegengehalten wurde, die Forderung sei „lediglich eine „Angleichung an heterosexuelle Beziehungen“, „eine „Ausweitung staatlicher Privilegien auf eine kleine Bevölkerungsgruppe“. (...) So etwas entspräche „weder unseren Beziehungsformen noch unserer Lebensplanung“. <sup>1</sup>

Daher wenden sich die beiden Frauen an den damaligen Vorstand des Schwulenverbandes (SVD) und schlagen eine Zusammenarbeit vor. Bereits an der „Aktion Standesamt“ 1992 oder der Kampagne „Traut Euch“ 1996 beteiligen sich auch Lesben und Frauenpaare.

Am 15. November 1998 findet ein Beratungstreffen zwischen politisch aktiven Lesben aus verschiedenen Regionen der Bundesrepublik und dem SVD-Vorstand statt. Die meisten anwesenden Frauen treten noch am gleichen Tag in unseren Verband ein. Kurz darauf gehen Dorothee Markert, Ute Knüfer, Maria Sabine Augstein, Halina Bendkowski, Ida Schillen, Hella von Sinnen, Cornelia Scheel, Gerta Siller und weitere lesbenpolitisch engagierte Frauen mit einem „Aufruf an alle Lesben, die sich eine wirkungsvolle Politik für unsere Rechte auf Bundesebene wünschen“ an die Öffentlichkeit und fordern dazu auf, den SVD zu erweitern. So erreichen sie die erste große Eintrittswelle von Lesben in den Verband. Gemeinsam mit der Initiative wird in Rekordzeit das Programm lesbenpolitisch erweitert, die Satzung ergänzt und beides dem Verbandstag zur Abstimmung vorgelegt. Wichtige Forderungen wie die Gleichstellung von Regenbogenfamilien werden neu aufgenommen. Auf dem Verbandstag am 6./7. März 1999 wird die Erweiterung beschlossene Sache.

## **Lesben sind weniger sichtbar als Schwule**

Mit dem Thema „Lesbische (Un-)Sichtbarkeit“ befasste sich ein Panel beim Verbandstag 2018. Die Historikerin Dr. Kirsten Plötz führte dazu aus, dass die alleinige Bedrohung von Männern durch den § 175 StGB auch zur Unsichtbarkeit von lesbischen Frauen beigetragen habe. Häufig nicht bekannt sei z.B., dass in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit diesem Paragraphen auch ungefähr 100 Frauen (vermutlich wegen Beihilfe) verurteilt worden seien.

Auch in der Sprache schlage sich die Unsichtbarkeit nieder – beim Stichwort Homo-



**Gabriela Lünsmann**  
(LSVD-Bundesvorstand)



**Panel zu „20 Jahre Lesben im LSVD“:** Gabriela Lünsmann (LSVD-Bundesvorstand), Kerstin Fritzsche (Vorstand LSVD Baden-Württemberg), Axel Hochrein, Günter Dworek (beide LSVD-Bundesvorstand) und Halina Bendkowski (v.l.n.r.)

Fotos: Caro Kätz

sexualität assoziierten die meisten Menschen Männer; in den Köpfen stecke nach wie vor „Mensch = Mann“. Für Studien sei es relativ einfach, in Archiven Quellen zur männlichen Homosexualität zu finden – zu lesbischen Frauen gebe es dagegen nur selten passende Schlagwortsuchen. Ein Blick in Medien bis in die 1970er Jahre mache deutlich, dass Lesben dort fast überhaupt nicht vorkamen. Auch die zentrale Bedeutung von Ehe und Mutterschaft spiele für das Thema „Lesbische (Un-)Sichtbarkeit“ eine große Rolle. Ein weiterer zu beachtender Gesichtspunkt sei die traditionelle Haltung, dass männliche Sexualität für Gesellschaften wie die unsere hochrelevant sei, weibliche hingegen nicht.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hätten sich drei Strömungen herauskristallisiert: Frauen, die sich mit homosexuellen Männern solidarisierten und hinter ihnen öffentlich unsichtbar wurden, Frauenrechtlerinnen, die öffentlich nicht über weibliche Homosexualität sprachen, und kleine Gruppen organisierter ausdrücklich lesbischer Frauen. In den 1970er Jahren hätten sich lesbische Aktivitäten dann verstärkt, schon damals mit dem zentralen Thema „Lesbische Sichtbarkeit“. Die Sichtbarkeit von Lesben habe weitreichende Folgen gehabt – von dem Weg in die heterosexuelle Ehe bis hin zum Suizid. Die Unsichtbarkeit habe zudem dazu beigetragen, dass viele der Frauen in dem Bewusstsein gelebt hätten, sie seien die Einzige.

### 20 Jahre gemeinsame Politik

Erzählt wurde die Geschichte der Erweiterung des SVD auch als Ausgangspunkt für ein Panel auf dem 31. LSVD-Verbandstag zu 20 Jahren gemeinsame Politik. Halina Bendkowski, einer der ersten drei weiblichen Mitglieder des Bundesvorstandes, Günter Dworek, ein „LSVD-Urgestein“, Kerstin Fritzsche, seit 2018 Mitglied im Vorstand des LSVD Baden-Württemberg, und Gabriela Lünsmann, seit 2015 Mitglied im Bundesvorstand, diskutierten über zurückliegende Erfolge, kommende Herausforderungen und gemeinsame Ziele.

Halina Bendkowski berichtete, wie sie und andere, die sich für eine gemeinsame Arbeit einsetzten, von Feministinnen wegen ihres Engagements att-

ckiert wurden. Günter Dworek erinnerte daran, dass auch manche Schwule mit diesen Plänen Probleme hatten und den Lesben lieber nahelegen wollten, doch etwas „eigenes“ zu machen. Aus seiner Sicht sei die Erweiterung des Verbandes einer der entscheidenden Faktoren gewesen für die erfolgreiche Lobbyarbeit hin zum Partnerschaftsgesetz und später der Eheöffnung.

Im Panel ging es aber nicht nur um den Blick in den goldenen Rückspiegel, sondern auch um Themen, die auch künftig nur gemeinsam erfolgreich bearbeitet werden können. So ist die rechtliche Gleichstellung nicht vollständig erreicht – etwa für die Situation von Regenbogenfamilien und das Abstammungsrecht. Im Bereich der Bildung ist die Thematisierung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt noch längst nicht selbstverständlich. Im Gegenteil: Es gibt hier starken Gegenwind.

Grundsätzlich gilt es, die Zivilgesellschaft und ihren Einfluss auf Gesellschaft und Politik zu stärken und dabei deutlich zu machen, dass eine offene und vielfältige Gesellschaft ein Gewinn für alle Bürger\*innen ist. Zudem müssen die erstrittenen Rechte gegen alte und neue Gegner\*innen verteidigt werden. Dazu gehört auch ein mit wirksamen Maßnahmen und ausreichenden Mitteln unersetzter Nationaler Aktionsplan gegen Homosexuellen- und Transfeindlichkeit – zum Schutz von LSBTI\*-Menschen und als unerlässlicher Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft.

Für die Weiterentwicklung des LSVD ist es wichtig, dass er auch für jüngere Menschen attraktiv ist. Die Motive für das Handeln des Verbandes müssen noch besser als bisher deutlich gemacht werden. Dies alles gelingt im Miteinander von Lesben und Schwulen besser.

Dass die Entwicklung zum gemeinsamen Verband auch für die Zukunft wichtig bleibt, spricht auch aus den Zuschriften von Verbandsmitgliedern zum Jubiläum. Christian beispielsweise schreibt: „Der LSVD ist mit dem L seit 20 Jahren für mich zum echten Bürgerrechtsverband geworden, und genau das ist für mich wichtig: Bürgerrechte, Gleichstellung, Freiheit, Respekt. Danke, dass Ihr Euch einsetzt! Für uns alle gemeinsam, für mich.“

*Henny Engels, LSVD-Bundesvorstand*

<sup>1</sup> [https://www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Lebensformen/Lesben/rrampf\\_erfindungderhomoeh.pdf](https://www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Lebensformen/Lesben/rrampf_erfindungderhomoeh.pdf)

# Coming-out für Europa

Der 31. LSVD-Verbandstag



*Grußwort von Dr. Dirk Behrendt (Berliner Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung)*

Unter dem Motto „Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen“ fand in Berlin Ende März 2019 der 31. LSVD-Verbandstag statt. Ein Schwerpunkt: Das internationale Engagement für Menschenrechte, Vielfalt und Respekt. Denn über 70 Länder kriminalisieren Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf Privatsphäre, auf Meinungs-, Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ist in einer Vielzahl von Ländern nicht einmal ansatzweise gewährleistet. In vielen Fällen schüren religiöse und politische Führer ein Klima des Hasses. Polizei und andere Staatsorgane verweigern oft-

mals jede Hilfe oder sind selbst an der Hetze, Erpressung und Gewalt beteiligt.

## Was kann Deutschland tun?

Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt, bekräftigte im Gespräch mit Gulya Sultanova aus Russland, Ramy Khouili aus Tunesien sowie Sarah Kohrt von der Hirschfeld-Eddy-Stiftung seinen Einsatz für die Menschenrechte von LSBTI. Diese seien keine Sonderrechte, vielmehr ginge es um gleiches Recht für alle. Khouili empfahl vor allem das Berichtsverfahren im UN-Menschenrechtsrat, während Sultanova, die Wichtigkeit der deutschen Vertretungen in Ländern wie Russland unterstrich. Sie könnten ihre Räume für LSBTI öffnen und würden mit dem Besuch von Veranstaltungen auch die Sicherheit der Aktivist\*innen erhöhen.

Kohrt verwies auf das notwendige und von der Regierung bereits versprochene Inklusionskonzept für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Auswärtige Politik. Damit würde Deutschland seiner historischen Verpflichtung für die unteilbaren und universellen Menschenrechte gerecht werden, engagierte LSBTI-Menschenrechtsverteidiger\*innen in aller Welt unterstützen und den Akteur\*innen der auswärtigen Politik und Entwicklungszusammenarbeit konkrete Zielsetzungen und Richtlinien liefern. Der LSVD fordert mit einer Resolution die baldige Verabschiedung des LSBTI-Inklusionskonzepts.

## Wie geht es weiter mit Europa?

In Europa haben Austausch und Kooperation zwischen den EU-Mitgliedsstaaten viel Positives bewirkt. So war das EU-Parlament

in den letzten Jahrzehnten immer Motor für Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung. Deutschland hätte ohne die EU nicht den Schutz vor Diskriminierung, den wir heute dank der EU-Richtlinien haben. Dragana Todorovic von unserem Projektpartner ERA (Equal Rights Association) aus Belgrad beschrieb, wie auch der Westbalkan dank der EU eine der dynamischsten Regionen für LSBTI und die Gesetzgebung zu Gleichstellung und Nichtdiskriminierung war. Mit Hilfe des Aufnahmeprozesses muss nun die Lücke zwischen der rechtlichen Situation und der gesellschaftlichen Wirklichkeit überbrückt werden.



*Stefanie Schmidt (LSVD-Bundesvorstand)*

Doch auch das Ergebnis der Europawahlen hat inzwischen leider gezeigt, dass Fortschritte bei der rechtlichen und politischen Situation von LSBTI keineswegs selbstverständlich sind. Die erstarkten rechtspopulistischen, nationalistischen, und minderheitenfeindlichen Parteien sind eine Gefahr für Europa und europäische Werte wie Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit. Das hat auch die Auswertung unserer Wahlprüfsteine gezeigt. So negiert etwa die AfD die bestehende EU-Kompetenz und gemeinsame Vertragsgrundlage für die Bekämpfung von Homophobie und Transfeindlichkeit, behauptet die Wirkungslosigkeit von EU-Mechanismen oder instrumentalisiert Themen für ihre rassistische Agenda. Bei Minderheitenrechten und Menschenrechten wird weiter starker Gegenwind wehen.

## Diskriminierungsverbot ins Grundgesetz

Daher braucht es die Ergänzung des Gleichbehandlungsartikels Artikel 3, Absatz 3 um das Merkmal der sexuellen Identität. In ihrem Vortrag erläuterte Prof. Ulrike Lembke über den (fehlenden) verfassungsrechtlichen Schutz von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität und beschrieb die Entwicklung der entsprechenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

In seiner 70jährigen Geschichte hat das Grundgesetz LSBTI lange Zeit nicht einmal vor schweren Menschenrechtsverletzungen geschützt. Mit den Urteilen aus Karlsruhe hat sich jedoch inzwischen eine Rechtsprechung herausgebildet, die das Verständnis von Geschlecht erweitert und die sexuelle Identität im Wesentlichen den Persönlichkeitsmerkmalen gleichstellt, die im speziellen Gleichheitssatz in Art. 3, Abs. 3 GG ausdrücklich genannt sind. Das sind große Fortschritte. Dass Karlsruhe aber immer wieder korrigierend

gegenüber diskriminierendem staatlichen Handeln eingreifen muss, zeigt: Es wirkt sich bis heute negativ auf unsere Lebenssituation aus, dass sexuelle Identität im Verfassungstext nicht erwähnt ist. Wer dort nicht ausdrücklich genannt wird, läuft Gefahr, in der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit ignoriert zu werden und muss ständig um seine Rechte kämpfen.

### Würdiges Gedenken

Der LSVD engagiert sich dafür, dass das Schicksal der homosexuellen Verfolgten der NS-Zeit im kommenden Gedenkjahr 2020 - 75 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus - allerorten einen würdigen Ausdruck findet. Ausdrücklich muss dabei das Leid und die Verfolgung lesbischer Frauen in den Blick genommen werden. Es gibt großen Forschungsbedarf, für den der LSVD ausreichend Mittel fordert. Eine zentrale Aufgabe ist es, in der Gedenkstätte Ravensbrück ein zugewandtes, inklusives und den wissenschaftlichen Erkenntnisstand reflektierendes Gedenkzeichen für die im KZ Ravensbrück inhaftierten, gefolterten und ermordeten Lesben zu schaffen.

### LSBTI-Geflüchtete

Praktisch alle nach Deutschland kommenden Geflüchteten stammen aus Ländern, in denen LSBTI-Sein als Verbrechen, Krankheit, Sünde oder Schande angesehen wird. Die erlebte und verinnerlichte gesellschaftliche Tabuisierung und staatliche Kriminalisierung führen dazu, dass viele LSBTI-Geflüchtete oftmals eine Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität in den Anhörungen verschweigen. Konsequenz sind negative Asylbescheide für tatsächlich vor Verfolgung geflohene LSBTI, und damit verbunden Abschiebungen in LSBTI-Verfolgerstaaten sowie jahrelange Klageverfahren und bis zu zweijährige Aufenthalte in großen Landesunterkünften. Die von den Bundesländern vorgehaltenen Flüchtlingsammelunterkünfte sind für LSBTI-Geflüchtete in der Regel Angsträume. Gewalt gegen geoutete LSBTI-Personen ist in diesen Einrichtungen keine Ausnahme, sondern für sehr viele bittere Erfahrung. Damit überhaupt Schutzmaßnahmen ergriffen werden können, bedarf es somit intensiver vertrauensbildender Maßnahmen.

Mit einer weiteren Resolution fordert der LSVD daher vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie den Bundesländern, mit konkreten Maßnahmen alle Geflüchteten frühzeitig, systematisch und flächendeckend darüber zu informieren, dass die Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung bzw. geschlechtlicher Identität ein Asylgrund ist und LSBTI-Geflüchtete als besonders schutzbedürftige Gruppe ihren besonderen Schutzbedarf anmelden können. Ziel muss es sein, verfolgte LSBTI-Geflüchtete zu schützen und ihre Rechte zu wahren.

### 20 Jahre L im LSVD

Anlässlich des 20jährigen Jubiläums der Erweiterung des Schwulenverbandes zum Lesben- und Schwulenverband diskutierten wir über zurückliegende Erfolge und kommende Herausforderungen. Näheres dazu im Artikel von Henny Engels in diesem Heft.

### Wahlen zum Bundesvorstand

Vor den Wahlen zum Bundesvorstand wurden die ausgeschiedenen bzw. nicht erneut zur Wahl antretenden Vorstandsmitglieder Inken Renner, Jenny Renner, Ulrike Schmauch und Uta Schwenke mit großem Dank für ihr Engagement verabschiedet. Wiedergewählt wurden Axel Hochrein, Gabriela Lünsmann und Helmut Metzner. Neues Mitglied im Bundesvorstand ist Alfonso Pantisano. Weiterhin gehören die 2018 für eine zweijährige Amtszeit gewählten Timon Delawari, Günter Dworek, Henny Engels, Christian Rudolph und Stefanie Schmidt dem nun neunköpfigen ehrenamtlichen Vorstand an.

*Markus Ulrich*  
LSVD-Pressesprecher



Fotos: Caro Kadatz

# Was kann Deutschland tun?

Menschenrechte von LSBTI in Europa und der Welt



*Gulya Sultanova vom Side by Side Filmfestival in St. Petersburg*



*LSBTI-Aktivist Ramy Khouili aus Tunis*

**E**in Panel auf dem 31. LSVD-Verbandstag widmete sich dem weltweiten Menschenrechtsschutz für LSBTI und der Unterstützung von Aktivist\*innen im globalen Süden und Osteuropa.

Besorgt berichtete Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt, einführend über die aktuelle Lage von LSBTI in aller Welt und hob als besonders negatives Beispiel Brunei hervor. Dort wurde gerade das Strafrecht drastisch verschärft und für einvernehmliche homosexuelle Handlungen zwischen erwachsenen Männern die Todesstrafe durch Steinigung eingeführt. Lesbischen Frauen drohen Stockhiebe und Gefängnis. Gemeinsam mit anderen Staaten habe die Bundesregierung die Entwicklung verurteilt. In Tschetschenien gelte es, verfolgten LSBTI zu helfen, zumal die russische Zentralregierung nicht eingreife und dem tschetschenischen Gewaltherrscher freie Hand lasse. Die Bundesregierung beziehe öffentlich Stellung und übe hinter verschlossenen Türen diplomatischen Druck aus. Vor allem aber habe Deutschland auch Verfolgte aufgenommen.

## **Russland**

Gulya Sultanova vom Side by Side Filmfestival in St. Petersburg verurteilte die Homophobie und transfeindliche Politik des Putin-Regimes, das die gesellschaftliche Ablehnung noch verstärke. Tiefpunkt sei die Situation in Tschetschenien. Das LGBT Network habe Hunderte Opfer evakuiert, viele LSBTI würden noch immer drangsaliert und von ihren Familien getötet. All dem stellte sie die engagierten zivilgesellschaftlichen Bemühungen gegenüber. Mittlerweile thematisierten Oppositionspolitiker\*innen den Schutz von LSBTI. Das gelte auch für die Menschenrechts-Community, denn die sei heute LSBTI-Themen gegenüber viel aufgeschlossener als noch vor einigen Jahren. Die LSBTI-Community selbst sei sehr aktiv, jung und sichtbar. Doch wirkliche Veränderung bringe nur eine Änderung des politischen Systems.

## **Tunesien**

Der LSBTI-Aktivist Ramy Khouili aus Tunis erläuterte die Situation in Tunesien. Im Herbst 2015 seien bei einer Razzia in Kairouan sechs Personen verhaftet und beim Verhör Analuntersuchungen unterzogen worden, bevor man sie im Dezember 2015 zu drei Jahren Haft verurteilte. Es gebe Fälle von persönlichen Racheakten unter Nachbarn und Denunziation unter Berufung auf den homophoben Paragraphen 230 im Strafgesetzbuch. Seit 2015 habe es mehr Fälle gegeben als vor der Revolution, weshalb einige meinten, die Situation habe sich verschlimmert. Andere hingegen sähen in Tunesien noch immer die Hoffungsstätte des Arabischen Frühlings.

## **Forderungen an Deutschland**

Im Gespräch mit der Journalistin Natalia Matter wies Gulya Sultanova darauf hin, dass es für das Queer Filmfestival keine Unterstützung aus Russland gebe, sondern sie auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen seien. Der notwendige Polizeischutz während des Festivals funktioniere nur, wenn ausländische Diplomaten teilnehmen.

Ramy Khouili wünscht sich von der Bundesregierung klare Worte zu den Ereignissen in seiner Heimat. Die Diplomatie müsse mehr Druck auf seine Regierung ausüben, etwa im Rahmen der UN-Berichterstattung. In Bezug auf die Konditionalität solle endlich das Prinzip „more for more“ greifen, also mehr Unterstützung, sofern der Menschenrechtsschutz im Land gestärkt werde. Zudem sei die Unterstützung von Projekten vor Ort wichtig, wie etwa das Queer Film Festival in Tunis, das vom LSVD und der Hirschfeld-Eddy-Stiftung (HES) unterstützt wird.

Michael Roth versicherte, dass das Auswärtige Amt diese Aktivitäten auch weiter fördern wolle. Wichtig seien die Deutschen Botschaften in Tunesien und Russland, um Informationen zur Situation im Land zu erhalten und um Druck auszuüben. Das funktioniere gut, doch Gesetze wie das russische

„Agentengesetz“ könnten dazu führen, dass Kooperationen unmöglich gemacht würden.

### Diplomatischer Druck

Gulya Sultanova würdigte den engen zivilgesellschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und Russland. Der Austausch zwischen dem LSVD Hamburg und Organisationen aus St. Petersburg im Rahmen der Städtepartnerschaft sei wichtig, denn Isolation komme allein dem Regime zugute. Die Botschaften sollten ihre Räumlichkeiten für örtliche NGOs zur Verfügung stellen. Das sei ein wichtiges Signal und erhöhe auch den Schutz. Die Bundesregierung, EU und OSZE sollten noch mehr Druck auf Russland ausüben, vor allem wegen der Situation in Tschechien. Nichts könne in dieser Situation mehr schaden als Schweigen. Sie forderte einen härteren Ton gegenüber dem Regime.

### LSBTI-Inklusionskonzept

Zudem stellte Sarah Kohrt die Arbeit der LGBTI-Plattform Menschenrechte der HES vor. Wichtigstes Projekt: die Yogyakarta-Allianz, ein Bündnis von Interessierten und Vertreter\*innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, die zum Thema LSBTI und Menschenrechte arbeiten. Die Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt (AA), dem Bundesentwicklungsministerium (BMZ) oder der GIZ funktioniere gut. Im Mittelpunkt stehe die ausdrückliche Einbeziehung von LSBTI in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit und in den auswärtigen Beziehungen, kurz ein auch von der Regierung inzwischen angekündigtes LSBTI-Inklusionskonzept.

Die HES und Yogyakarta-Allianz haben ein 13-Punkte-Papier mit Forderungen vorgelegt, die in das Inklusionskonzept aufgenommen werden sollten. Es gehe nicht nur um mehr Förderung für LSBTI-Projekte, sondern auch um Kohärenz und eine notwendige Selbstkritik Deutschlands in Bezug auf die eigene Kolonialgeschichte, ohne die keine glaubwürdige LSBTI-Politik möglich sei. Auf die Frage nach dem Stand des LSBTI-Inklusionskonzepts von AA und BMZ betonte der Staatsminister,

das Auswärtige Amt habe einen Vorschlag gemacht, die Abstimmung liege nunmehr im BMZ. Er hoffe, dass man bis zum Sommer weiterkomme und ein gemeinsames Papier vorlegen könne.

### Europarat und OSZE

Michael Roth sprach die Mitgliedschaft Russlands in der OSZE und im Europarat an. Noch könne man über diese Foren Druck ausüben, wie es wegen Tschechien geschehen sei. Scheide Russland aus diesen Organisationen aus, habe man kaum noch Handhabe.

Auf UN-Ebene leiste der Unabhängige Experte für LSBTI-Schutz wichtige Arbeit, das Mandat müsse verlängert werden. Leider herrsche kein Konsens über die Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte, arabische oder afrikanische Länder sähen in LSBTI-Rechten eine westliche Agenda, die abzulehnen sei. Umso mehr brauche es Teambildungen wie die 2016 geschaffene Equal Rights Coalition (ERC), der nunmehr 40 Staaten angehörten. Kohrt wies auf die zivilgesellschaftliche Mitarbeit in Arbeitsgruppen der ERC hin. Diese müsse dringend unterstützt werden. LSVD und HES könnten dies allein nicht stemmen, da dies Kapazitäten binde und Kosten verursache.

### Europa

Die EU, so der Staatsminister, müsse als Wertegemeinschaft immer einen Blick auf die Menschenrechte werfen. Auch Remy Khouili betonte, das Abkommen der EU mit Tunesien unterliege Werten wie der Achtung der Menschenrechte. Die EU müsse dieses Prinzip auch anwenden. Gulya Sultanova plädierte für mehr Härte der EU. Die Beziehungen könnten kaum noch schlechter werden. Auf das aggressive Spiel Russlands dürfe man sich nicht einlassen. Sie forderte von Europa, die Menschenrechte zu verteidigen und seinen Werten treu zu bleiben. „Russland ist nicht der einzige Energielieferant, mein Land ist in vielerlei Hinsicht auch auf die EU angewiesen“, so die Aktivistin.

Klaus Jetz  
LSVD-Geschäftsführer



Die Journalistin Natalia Matter, Sarah Kohrt (LGBTI-Plattform Menschenrechte), Staatsminister Michael Roth und das gesamte Panel (v.o.n.u.)

Fotos: Carlo Kautz

# Schön, stark, sicher

Die European Lesbian\* Conference in Kiew



Die Medienaufmerksamkeit war enorm. Schon vor meinem Abflug meldete queer.de einen Angriff auf die zweite European Lesbian\* Conference (EL\*C). Und so war es dann auch: Am Eröffnungsabend, dem 12. April 2019 demonstrierten ukrainische Rechtsnationale im Eingangsbereich des Konferenzhotels „Tourist“. Eine Scheibe wurde eingeschlagen und Slogans gesprüht wie „LGBT go away“, Tränengas drang ins Hotel. Die Schweizer Botschaft twitterte, dass sie volles Vertrauen in die ukrainischen Sicherheitskräfte hätte, die Sicherheit der European Lesbian\* Conference zu gewährleisten. Anders gesagt: Wir beobachten das genau, bitte passt auf. Die westlich orientierten Kräfte werden das sehr ernst nehmen.

Auch am nächsten Morgen wieder Proteste. Direkt vor dem Eingang des Konferenzhotels versuchte eine kleine Gruppe Frauen, offensichtlich aus dem fundamentalistisch-christlichen Spektrum, den Zugang zur Konferenz zu verwehren. Da die meisten Teilnehmer\*innen schon angereist waren, hieß das für uns vor allem: Nicht rausgehen. Drinnen bleiben.

Am Eingang und in der Lobby permanent Polizei, vereinzelt Soldaten, vor allen Konferenzräumen schwarzgekleideter Sicherheitsdienst. Selten war ich so beruhigt, Uniformen zu sehen. Frauen aus Russland und Kasachstan, die regelmäßige Übergriffe von Polizei und Sicherheitskräften kennen, konnten nicht glauben, dass die Polizei wirklich zu unserem Schutz da ist.

## Lesbische Sichtbarkeit ist ein Sicherheitsrisiko

Lesbische Sichtbarkeit ist ein Sicherheitsrisiko. Das hat sich in der Arbeit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung mit Organisationen im globalen Süden immer wieder gezeigt. In Kiew wurde diese Erkenntnis zur ständigen Begleiterin der drei Konferenztage. Ja, wir waren sichtbar, aber das Hotel zu jeder Zeit zu verlassen und etwa mit der trans\* Kollegin aus den Niederlanden in die U-Bahn zu steigen und durch die Straßen zu gehen, die irre tiefen U-Bahn-Stationen

zu bewundern, das war abenteuerlich. Für die Schwarzen Teilnehmer\*innen, die trans\* Personen und People of Colour galt die ausdrückliche Warnung der Veranstalterinnen, besser nicht allein aus dem Hotel zu gehen, allen wurde von offen getragenen Symbolen abgeraten, die geplante Demo ganz abgesagt. So stand die Sicherheitsfrage täglich im Zentrum der Konferenz.

Sehr amüsant war die massenhafte lesbische Sichtbarkeit im Frühstücksraum des Konferenzhotels, wenige verunsicherte Hotelgäste mischten sich unter hunderte Lesben\*, die sich auf Englisch, Russisch, Ukrainisch, Deutsch, Spanisch und in vielen anderen Sprachen unterhielten. Und uns alle schien etwas zu vereinen, bei aller Unterschiedlichkeit. Die jungen Hotelangestellten waren professionell, zuvorkommend, freundlich. Die anderen Gäste guckten amüsiert, genervt, irritiert oder auch weg. Sie konnten sich kurz mal nicht mehr normal fühlen, denn unser massenhaftes Erscheinen ließ sie an den Rand rücken, ja verschwinden.

In den Workshops wird klar, wie groß das Europa der Konferenz ist: die Referentin aus Armenien erklärt erst einmal: „Für alle, die nicht wissen, wo Armenien liegt: zwischen Georgien und Aserbaidschan und der Türkei und dem Iran.“ Und das wussten einige nicht.

Das regionale und thematische Spektrum der Workshops war breit: von strategischer Prozessführung, Lesbenbars in Kiew, der Arbeit feministischer Gruppen in Kasachstan zu Migration, Behinderung und der Arbeit mit dem EU-Parlament. Anti-Rassismus-Arbeit, Inklusion und die Notwendigkeit einer intersektionalen Praxis durchzogen die Diskussionen. Wie wichtig Allianzen sind, die Zusammenarbeit auch mit anderen Bewegungen, wurde immer wieder klar. Ganz besonders, wenn es gegen eine gut organisierte und finanzierte rechts-religiöse Bewegung weltweit geht, die gegen Frauenrechte und LSBTI gleichermaßen vorgeht.

### Die Pizzakette als Zufluchtsort

Am letzten Abend eine Bombendrohung: Bis in die Nacht durften wir nicht ins Hotel. In der Pizzeria in der Nähe, eine Kette, saßen 30, 40 Lesben\* stundenlang im Restaurantbereich, aßen Pizza, machten Witze, tranken Bier oder Wasser. Die ukrainischen Organisatorinnen blieben locker, vor der Wahl sind Bombendrohungen häufig, sechs gab es allein an dem Abend. Beeindruckend ruhig hielten sie Kontakt zur Polizei und sagten uns professionell, was zu tun ist. Die globale Pizzakette wird zum subkulturellen Treffpunkt, W-LAN, Stühle, Essen, Getränke, Musik ist da und viele Stunden Zeit für Gespräche. Eine Pop-up Lesbenbar in Kiew. Die Bombendrohung von Extremisten bewirkt einen Umsatzschub für das Pizza-Franchise, eine Art EL\*C-Flashmob und ein besonders verbindendes Erlebnis unter Lesben\* aus verschiedensten Regionen Europas. Diese Solidarität war sicher eines der schönsten Erlebnisse der Konferenz. In diesem Sinne hat das Motto der Konferenz „Bring lesbian\* genius to the world“ schon gewirkt.

### Lesbian\* Genius

Großen Respekt für die ukrainischen Aktivist\*innen und die kleine Organisation Insight, die die Konferenz als Partnerin der EL\*C vor Ort organisiert hat. Eine Lesbenkonferenz ausgerechnet in der Ukraine, dem größten Land Europas, in dessen Osten kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden, dessen Bevölkerung politisch entweder nach Russland oder Richtung EU tendiert? Ist das richtig? Ja, denn gerade die Ukrainer\*innen betonten, wie wichtig ihnen die Solidarität aus Europa ist und dass diese Konferenz gerade dort in Kiew stattfand.

Mich hat die Ukraine beeindruckt, ich würde sehr gerne wiederkommen und das größte Land Europas kennenlernen.

*Sarah Kohrt*

*Leitung LGBTI-Plattform Menschenrechte*

**European Lesbian\* Conference (EL\*C) Programm unter**  
<https://europeanlesbianconference.org>



Foto: EL\*C



Foto: Hirschfeld-Eddy-Stiftung

*Delegierte der Yogyakarta-Allianz beim Besuch im Auswärtigen Amt*

### Die Yogyakarta-Allianz: LSBTI in die Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Die nach den Yogyakarta-Prinzipien benannte Yogyakarta-Allianz setzt sich für die Menschenrechte von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten in der deutschen Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ein. Seit ihrer Gründung im Jahr 2012 fordert sie ein LSBTI-Inklusionskonzept. (s. S.18f. und S. 48). Sie richtet Forderungen an die Regierung, die Durchführungsorganisationen und an die anderen Verantwortlichen der deutschen Entwicklungspolitik wie kirchliche Träger, politische Stiftungen und zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie trifft sich regelmäßig mit Aktivist\*innen aus dem globalen Süden und Osten.

Wir freuen uns über neue Aktive aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, aus migrantischen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, sowie interessierte Einzelpersonen. Kontakt: [sarah.kohrt@hirschfeld-eddy-stiftung.de](mailto:sarah.kohrt@hirschfeld-eddy-stiftung.de)

Alles zu den Aktivitäten der Yogyakarta-Allianz findet sich auf ihrer Website: [www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/vernetzung/yogyakarta-allianz](http://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/vernetzung/yogyakarta-allianz)

# Auf dem Weg in die Öffentlichkeit

Das 2. Mawjoudin Queer Film Festival in Tunesien

**E**s braucht Mut und Selbstvertrauen, um im Zentrum von Tunis eine queere Veranstaltung zu besuchen. Dennoch kamen über 1.000 Besucher\*innen zum 2. Mawjoudin Queer Film Festival und damit doppelt so viele wie bei der Premiere des Festivals im letzten Jahr.

Erneut wurde das Festival durch die Hirschfeld-Eddy-Stiftung mit Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert, und so feierten die Besucher\*innen vom 22. bis 25. März 2019 queere Kunst und Kultur, sahen über 30 Filme und Kurzfilme, nahmen an Workshops und Podiumsdiskussionen teil oder genossen es einfach, in den Cafés der Veranstaltungsorte ohne Angst vor Repressionen die Zeit miteinander zu verbringen.

Um Filmschaffende in Tunesien zu fördern, gab es vor dem Festival erstmalig einen Wettbewerb. Mit dem Preisgeld konnte die beste Idee für einen queeren Kurzfilm realisiert und bei der Festivaleröffnung gezeigt werden. Tarek Sardi gewann mit seinem Konzept: Ein schwuler Mann trifft nach drei Jahren Gefängnis auf seinen ehemaligen Geliebten. Dieser hatte damals mit seinen Aussagen bei der Polizei zur Verurteilung beigetragen.

Denn in Tunesien wird Homosexualität immer noch mit Strafe bedroht. Artikel 230 des Strafgesetzbuches sieht im schlimmsten Fall bis zu drei Jahre Gefängnis vor. Alleine im letzten Jahr wurden nach inoffiziellen Angaben über 120 Personen wegen Homosexualität und „Verstoß gegen die guten Sitten“ verhaftet. 2018 saßen 147 Personen wegen entsprechender Urteile der Gerichte in tunesischen Gefängnissen.

Dass Menschen trotzdem friedlich ein queeres Festival feiern können, zeigt genau die Gegensätze und Widersprüche, die sich in Tunesien seit der friedlichen Revolution in 2011 entwickelt haben. Die große Mehrheit der jungen Menschen will, dass sich etwas ändert. Ihnen geht die Entwicklung viel zu langsam voran. Die seit 2014 geltende neue Verfassung hat Hoffnungen geweckt, denn sie garantiert Gleichberechtigung und persönliche Freiheiten – Menschenrechte, die aber in vielen Gesetzen und auch in Teilen der tunesischen Gesellschaft noch keine Berücksichtigung finden.

Die Regierung hatte zuletzt eine Kommission damit beauftragt, aufzuzeigen, wo aktuelle gesetzliche Regelungen nicht mit der



*Eröffnungszereemonie beim Queer Film Festival in Tunesien*

neuen Verfassung im Einklang stehen. Der Bericht der Kommission wurde im letzten Jahr veröffentlicht. Neben der Beseitigung der Benachteiligung von Frauen, beispielsweise im tunesischen Erbrecht, fordert er auch die Entkriminalisierung von Homosexualität. Zwar schlägt die Kommission die Abschaffung der Strafvorschrift vor, hat zuletzt aber als Alternative auch die Umwandlung der Regelung in einen Bußgeldtatbestand ins Spiel gebracht.

In einer Podiumsdiskussion während des Festivals stellte sich die Vorsitzende der Kommission, Bochra Bel Haj Hmida, den teilweise unangenehmen Fragen der Teilnehmer\*innen. Sie rief die Community auf, die Gunst der Stunde zu nutzen und sich aktiv für ihre Rechte und ihre persönlichen Freiheiten einzusetzen. Dafür sollten sie die demokratischen Formen des Protestes nutzen, sich mit LSBTI-freundlichen Politiker\*innen verbünden und nachhaltig auf Veränderung drängen.

Zur öffentlichen Diskussion werden sicherlich auch Ramy Khouli und Daniel Levine-Spound beitragen. Ihre von der Hirschfeld-Eddy-Stiftung geförderte wissenschaftliche Publikation ist gerade erschienen und beschreibt die Entstehungsgeschichte des Artikels 230 und die schrecklichen Auswirkungen bis in die Gegenwart. Die gesammelten Erkenntnisse über die Kriminalisierung von Homosexualität wollen die Autoren bei Veranstaltungen in ganz Tunesien vorstellen und mit dem Publikum diskutieren.

Bei so viel Engagement gibt es Anlass zur Hoffnung für LSBTI in Tunesien.

*Guido Schäfer, Hirschfeld-Eddy-Stiftung*

# LSBTI unter Druck

Projekte in Nicaragua, Westbalkan und Tunesien

Im April 2018 gab es in Nicaragua erste Proteste gegen eine von der Regierung geplante Reform des Sozialversicherungssystems. Eine gewaltsam niedergeschlagene Demonstration in Managua, wurde schnell zu einem regelrechten Aufstand im ganzen Land. Hauptforderung: Vorgezogene Neuwahlen und der Rücktritt des Präsidenten Daniel Ortega und seiner Frau, Vizepräsidentin Rosario Murillo.

Seitdem gehen Polizei und paramilitärische Kräfte immer wieder mit Tränengas und Waffengewalt gegen Protestierende vor. Diese werden von der Regierung als Putschist\*innen und Terrorist\*innen diffamiert. Bislang gab es Hunderte Tote und unzählige Verletzte. Menschen wurden verschleppt und verschwanden. Auch die LSBTI-Bewegung ist unter Druck. Unsere Partner\*innen in Nicaragua berichten von Verhaftungen, Todesdrohungen, Übergriffen und Vergewaltigungen.

## Aktualisierung der LSBTI-Menschenrechtsagenda

Das Auswärtige Amt hat uns und unserer Partnerorganisation vor Ort für 2019 erneut ein Projekt bewilligt. Die vor acht Jahren mit Unterstützung der Hirschfeld-Eddy-Stiftung entwickelte LSBTI-Menschenrechtsagenda muss dringend aktualisiert werden, um dem Anstieg der Gewalt und Menschenrechtsverletzungen sowie dem Mangel an Kenntnissen zu Menschenrechten von LSBTI in Behörden, Institutionen, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Familien entgegenzuwirken. Ein neuer Fokus liegt auf der kulturellen, multiethnischen Vielfalt, da die Autonomen Regionen an der Karibikküste einbezogen werden. Diese sind aufgrund ihrer Abgeschiedenheit und Distanz zum politischen Zentrum traditionell von der politischen Agenda ausgeschlossen.

Mit dem Projekt werden in einem Viertel aller Kommunen und Gemeinden des Landes Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen sowie Bedarfe zur Stärkung des Menschenrechtsschutzes für LSBTI erhoben. In mehreren Workshops in verschiedenen Regionen werden die Ergebnisse aufgearbeitet und Anforderungen an eine aktualisierte

Menschenrechtsagenda für LSBTI formuliert. Die Ergebnisse sollen dann auch bei einem Treffen zentralamerikanischer Aktivist\*innen Ende 2019 in einem der Nachbarländer Nicaraguas vorgestellt werden.

## „Bridging the Gap“ auf dem Westbalkan

Mit dem Team von ERA, der LGBTI Equal Rights Association in Belgrad, arbeiten wir auch 2019 wieder zusammen. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes führen wir gemeinsam das Projekt „Bridging the Gap: Towards effective dialogue between LGBTI organizations and state institutions in the Western Balkans and Turkey“ durch. Ziel ist es, die Lücke zwischen dem Diskriminierungsschutz auf der rechtlichen Ebene und der gelebten Wirklichkeit von LSBTI zu überwinden.

Indem ein intensiver Dialog zwischen LSBTI-Bewegung sowie staatlichen Institutionen und Parlamentarier\*innen aus den verschiedenen Ländern angestoßen wird, soll der Menschenrechtsschutz für LSBTI gestärkt werden. ERA möchte zudem Aktionspläne und Debatten zu den Themen Demokratieförderung, Menschenrechte, soziale und wirtschaftliche Inklusion und Rechtsstaatlichkeit initiieren.

Den Höhepunkt bilden eine regionale Konferenz mit Beteiligung verschiedener Ministerien und ein regionales interparlamentarisches LSBTI-Treffen im Oktober.

## LSBTI-Geflüchtete in Tunesien

Unser tunesischer Projektpartner Mawjoudin wird in 2019 mit unserer Unterstützung und der Förderung durch das Auswärtige Amt die Situation von in Tunesien gestrandeten LSBTI-Geflüchteten verbessern. Dafür sollen Geflüchtete individuell beraten und unterstützt, vorhandene Strukturen identifiziert und vernetzt und örtliche Flüchtlingsorganisationen sensibilisiert werden.

*Klaus Jetz, Hirschfeld-Eddy-Stiftung*

# For our Rainbow Future

Internationaler Jugendaustausch



Foto: Devin Avery on Unsplash

Für die LSBTI-Aktivist\*innen von morgen organisieren wir das internationale Jugendaustauschprogramm „For our Rainbow Future“. An drei einwöchigen Trainings in Berlin, Paris und Tirana nehmen jeweils acht junge LSBTI-Aktivist\*innen aus Deutschland, Frankreich und dem Westbalkan teil. Sie können sich über ihre Erfahrungen und ihren Aktivismus austauschen und werden zudem alles über Organisationsentwicklung und Führungsaufgaben, Kommunikationsstrategien oder den Umgang mit Anfeindungen lernen. Danach sollen sie sich gewappnet fühlen, sich gezielt für die LSBTI-Bewegung zu engagieren und als Entscheidungsträger\*in Verantwortung zu übernehmen.

Durchgeführt wird das Jugendaustauschprojekt „For our Rainbow Future“ vom LSVD, dem regionalen Netzwerk LSBTI Equal Rights Association (ERA) aus Belgrad und MAG-Jeunes, dem französischen Jugendnetzwerk Mouvement d’Affirmation des Jeunes lesbiennes, Gais, Bi et Trans aus Paris. Das Deutsch-Französische Jugendwerk und das Regional Youth Cooperation Office (RYCO) in Tirana unterstützen es.

## Treffen in Berlin, Tirana und Paris

Die erste Austauschphase von „For our Rainbow Future“ findet vom 23.-28.07.2019 in Berlin statt. Das Programm steht. Neben Treffen mit lokalen LSBTI-Organisationen, einer Einladung

ins Auswärtigen Amt und der Teilnahme am CSD sollen sich die Teilnehmenden vor allem kennenlernen und über die politische und soziale Situation von LSBTI in den drei Regionen austauschen. Zudem beginnen die Workshops.

Im November sind die Jugendlichen dann in Albanien. Neben der Fortführung der Workshops nehmen sie an der Jahreskonferenz der LGBTI Equal Rights Association (ERA) in Tirana teil. Zum Abschluss geht es im Juli 2020 nach Paris. Die Teilnahme am Grand Bal des Fiertés im Pariser Rathaus wird sicher einer der Höhepunkte.

## Versöhnungspolitik: Jugendaustausch

Den bilateralen Jugendaustausch zwischen Frankreich und Deutschland gibt es seit Jahrzehnten. Er gilt als großer Erfolg der Aussöhnungspolitik zwischen den beiden Ländern. Millionen von Jugendlichen haben teilgenommen und persönliche Beziehungen geknüpft. Anknüpfend daran entstand 2014 die Idee für ein ähnliches Projekt, das die Versöhnung zwischen den Ländern des Westbalkans voranbringen soll. Mittlerweile gilt der seit vier Jahren stattfindende Jugendaustausch zwischen Frankreich, Deutschland und dem Westbalkan als einer der (wenigen) Erfolge des sogenannten Berlin-Prozesses, der Initiative der Bundesregierung zur Förderung der Reformpolitik in den sechs Westbalkan-Staaten.

Eine der Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der EU ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Nachbarländern. Das ist auch dringend notwendig. Während zwischen den jeweiligen Zivilgesellschaften Zusammenarbeit und Austausch florieren, nehmen die Spannungen zwischen einzelnen Staaten zu. Dragana Todorovic von ERA bestätigt, dass es immer schwieriger wird, Regierungsvertreter\*innen aus der Region an einen Tisch zu holen. Ganz abgesehen davon, dass sie sich mit LSBTI-Themen schwertun.

## EU oder Russland?

Hinzu kommt, dass die EU dort mittlerweile an Attraktivität verliert. Nationalistische Strömungen sind nicht nur in der EU, sondern auch auf dem Westbalkan auf dem Vormarsch. Seit 2002 befindet sich die Region im „Wartezimmer“ der EU. Die lange Wartezeit führt auch dazu, dass immer mehr Menschen nach Alternativen suchen und sich etwa nach Russland orientieren.

Kein einfacher politischer Hintergrund also, vor dem unser Programm „For our Rainbow Future“ stattfindet. Daher ist es für Verständigung und Versöhnung sowie zur Entwicklung der europäischen LSBTI-Bewegung umso wichtiger.

Klaus Jetz  
LSVD-Geschäftsführer

# Wir wollen wachsen!

**W**ir sind noch nicht fertig. Die Ehe für alle war ein toller Erfolg, für den wir lange gekämpft haben. Doch unser Einsatz für Menschenrechte, Vielfalt und Respekt ist weiterhin notwendig. Gerade weil wir die Früchte unserer Arbeit auch im 30. Jahr seit der Gründung unseres Verbandes bewahren und verteidigen wollen, müssen wir am Ball bleiben. Dafür brauchen wir dich! Deine Mitgliedschaft ermöglicht Menschenrechte, Vielfalt und Respekt.

Wenn weltweit Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen immer noch angefeindet werden und lange erkämpfte Freiräume zu schrumpfen drohen, wollen und müssen wir als LSVD weiter wachsen.

Unser Auftrag bleibt: Wir wollen Solidarität für Vielfalt organisieren und Liebe Respekt verschaffen; gegen Ausgrenzung durch Entsolidarisierung – im Inland wie im Ausland. Andere wollen uns gegeneinander aufbringen und voneinander isolieren. Wir halten dagegen, wenn Menschen und ihre Interessen gegeneinander ausgespielt werden sollen.

Dazu brauchen wir weitere Verbündete in der Community und in der „Mehrheitsgesellschaft“, die die Vorzüge der Vielfalt zu schätzen wissen und uns mit ihrer Mitgliedschaft unterstützen. Ihre Verteidigung ist unser gemeinsamer Auftrag.

Die Wertschätzung für die Einzigartigkeit jedes Menschen braucht gemeinsames Handeln. Einigkeit für Vielfalt ist gefordert.

Alle, die unsere Freude an der Vielfalt teilen, können mithelfen, die Lebensqualität aller Menschen, gleich welcher sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität, zu verbessern und zu bewahren.

Das nächste Mitglied des LSVD – gleich welcher Identität und Orientierung - kann bislang unentdeckt in Deinem Freundes-, Familien- und Kolleg\*innenkreis darauf warten, von Dir angesprochen und zur Mitgliedschaft ermuntert zu werden. Es wäre doch schade, Du hättest nie gefragt. Finden wir neue Verbündete der Vielfalt.

Hilf mit und die Vielfalt blüht auf – wie eine Blumenwiese im Frühlingserwachen.

**Mach mit. Wachs mit.**

[www.lsvd.de/mitgliedwerden](http://www.lsvd.de/mitgliedwerden)



Fotos: Camo Karatzki/LSVD

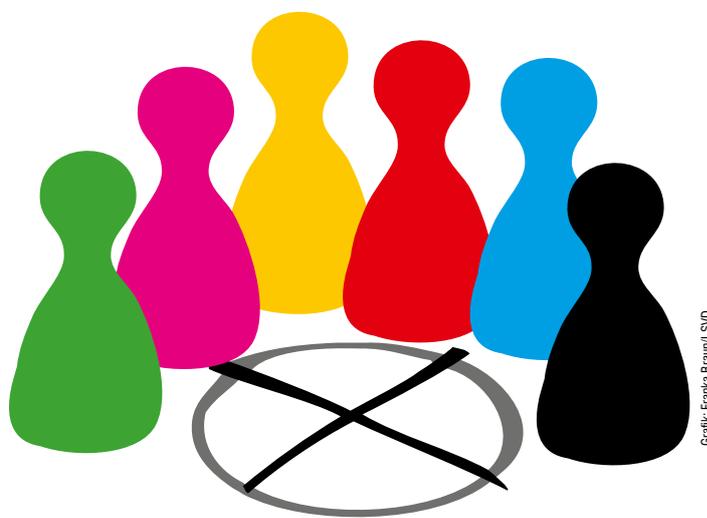
# Unsichere Zeiten oder LSBTI\*-Politik im Aufwind?

Landtagswahlen Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen

**A**m 26. Mai fiel der Startschuss zum Wahljahr 2019. Es begannen nicht nur die Europawahlen, sondern auch die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft. Mit seinem Regenbogencheck hatte der LSVD in Bremen Parteien auf Herz und Nieren geprüft. Das kleinste Bundesland wurde die letzten vier Jahre von SPD und Grünen regiert. Die SPD hat jedoch stark verloren und ein Weiterregieren mit den Grünen findet keine Mehrheit mehr. Wie es beispielsweise mit dem „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ weitergeht, hängt von den Koalitionsverhandlungen ab. Bei Redaktionsschluss zeichnet sich eine rot-rot-grüne Regierung ab, aber auch andere Konstellationen wären rechnerisch möglich. Die Fortschreibung und Ausfinanzierung des Aktionsplans darf für den LSVD Niedersachsen-Bremen ebenso wenig zur Verhandlungsmasse zählen, wie die Absicherung und Stärkung der queeren Vereine und Initiativen in Bremen. Die zukünftige Landesregierung muss auch dafür sorgen, dass die Lebensweisen und Identitäten von LSBTI\* zum selbstverständlichen Teil von Schule und Unterricht werden. Bei der Ergänzung des Artikels 3, Absatz 3 Grundgesetz um das Merkmal der „sexuellen und geschlechtlichen Identität“ darf die zukünftige Regierung an der Weser ebenso wenig Abstriche machen, wie bei der Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts.

Auch die rot-rote Landesregierung Brandenburgs um Ministerpräsident Woidke muss sich im September auf einen Wandel einstellen. Mit den derzeitigen Umfragewerten wird es schwer sein, in der jetzigen Konstellation weiter zu regieren. Erst im Februar 2018 hatte die Landesregierung den „Aktionsplan für Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie“ vorgestellt. Wie es mit dem Plan weitergeht und auf welche Unterstützung queere Verbände hoffen können, wird sich nach dem 01. September entschieden haben. Eine mögliche Regierungsbeteiligung von Grünen oder der FDP ist jedoch auch nicht ausgeschlossen. Besorgniserregend ist, dass die homophobe AfD in Umfragen bei 20% liegt und der Druck auf LSBTI\* in Brandenburg wachsen könnte.

In Sachsen gehören homophobe Redebeiträge der AfD mittlerweile zum Tagesgeschäft. Traut man den letzten Umfragen, könnten die Rechtspopulisten im September zweitstärkste Kraft hinter der CDU werden. Noch regiert Ministerpräsident Kretschmer (CDU) zusammen mit der SPD in Sachsen. Gerade durch die Regierungsbeteiligung der SPD Sachsen konnten LSBTI\* Vereine in den letzten Jahren viele



Grafik: Franka Braun/LSVD

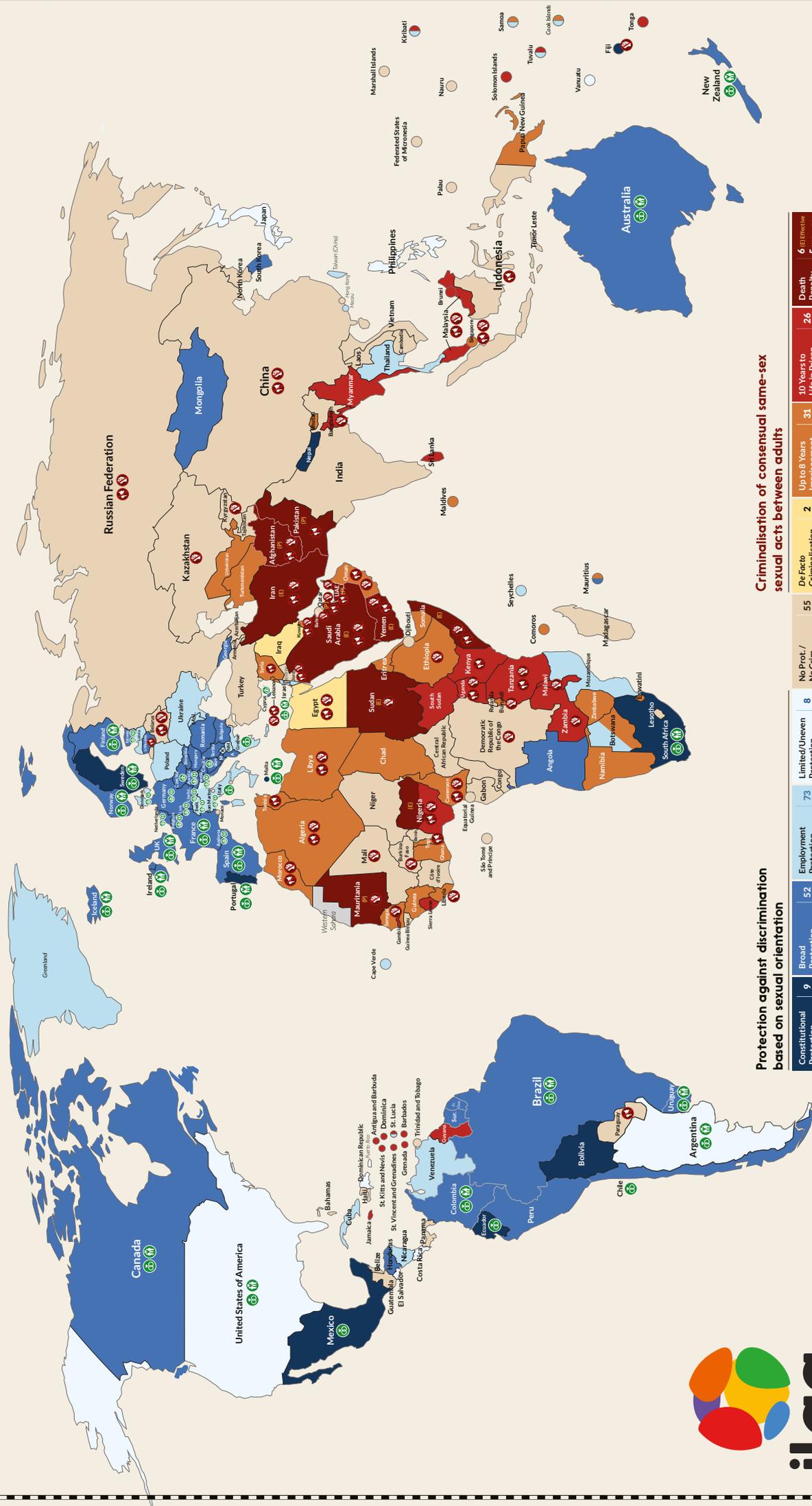
Projekte anstoßen. Staatsministerin Köpping war hier der Fels in der Brandung. Sie war es auch, die gemeinsam mit Vereinen wie dem LSVD für einen sächsischen Landesaktionsplan gegen Homophobie und Trans\*feindlichkeit kämpfte. Dass dieser dann im September 2017 vorgestellt werden konnte, war nicht zuletzt der SPD zu verdanken. Ohne sie hätten Grüne und die Linke es schwer gehabt, aus der Opposition ein solches Vorhaben anzustoßen. In seinen Wahlprüfsteinen fordert der LSVD Sachsen eine Absicherung und Fortschreibung des Landesaktionsplans und dass die demokratischen Parteien eine Zusammenarbeit mit homophoben und transfeindlichen Parteien ausschließen.

Die Landtagswahl in Thüringen wird den Abschluss des Wahlmarathons bilden. Neben der zukünftigen Weiterentwicklung und Ausfinanzierung des „Thüringer Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt“, dem Kampf gegen homophobe und trans\*feindliche Gewalt sind für den LSVD besonders die Themen Bildung und Gedenken an die lesbischen Opfer des Nationalsozialismus in Thüringen wichtig. Noch vor der Sommerpause wird der Landesverband die Parteien in Thüringen zum Thema Queerpolitik befragen und die Ergebnisse veröffentlichen.

René Mertens  
Bund-Länder-Koordination

# SEXUAL ORIENTATION LAWS IN THE WORLD - 2019

From criminalisation of consensual same-sex sexual acts between adults to protection against discrimination based on sexual orientation



## Protection against discrimination based on sexual orientation

Constitutional Protection	9	Broad Protection	52	Employment Protection	73	Limited/Uneven Protection	8
---------------------------	---	------------------	----	-----------------------	----	---------------------------	---

## Criminalisation of consensual same-sex sexual acts between adults

No Prot./No Crim.	55	De Facto Criminalisation	2	Up to 8 Years Imprisonment	31	10 Years to Life in Prison	26	Death Penalty	6	Effective	6	Possible	5
-------------------	----	--------------------------	---	----------------------------	----	----------------------------	----	---------------	---	-----------	---	----------	---

## Legal recognition of families

- Marriage or other forms of legal union for same-sex couples
- Adoption open to same-sex couples

## Legal barriers to the exercise of rights

- Legal barriers to freedom of expression on SOGIESC issues
- Legal barriers to the registration or operation of sexual orientation related CSOs



The data presented in this map is based on *State-Sponsored Homophobia, an ILGA report* by Lucas Ramón Mendis. This map can be reproduced and printed without permission as long as ILGA is properly credited and the content is not altered. [ilga.org](http://ilga.org)



HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

10<sup>th</sup>

# RAINBOW

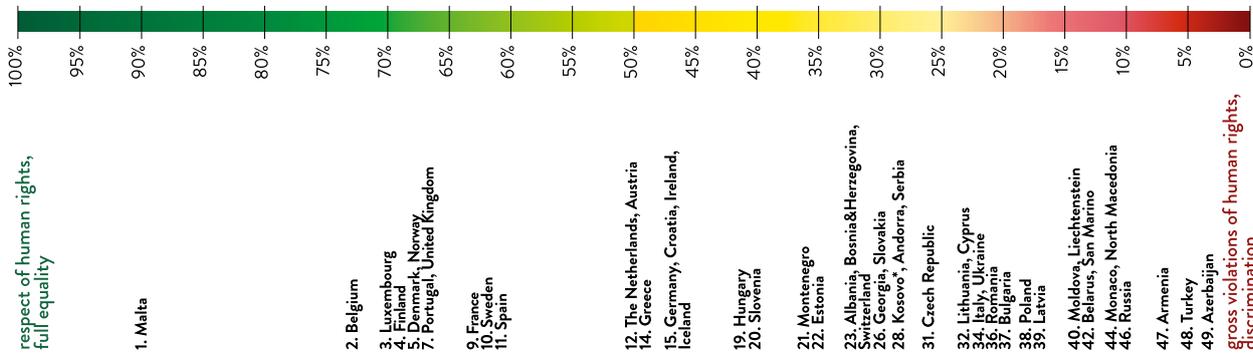


## MAY 2019

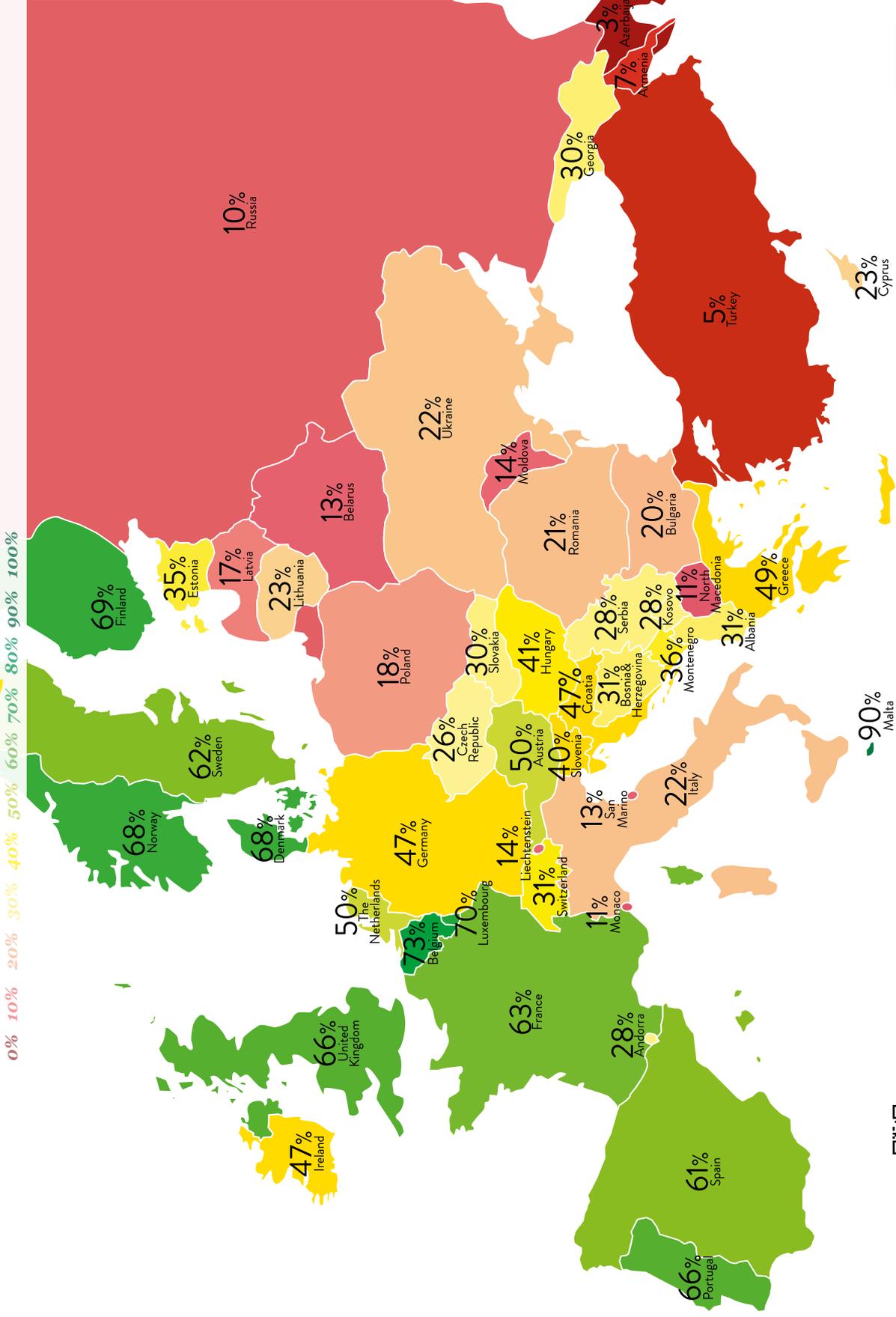
Reflecting the legal and policy human rights situation of lesbian, gay, bisexual, trans and intersex (LGBTI) people in Europe



0% 10% 20% 30% 40% 50% 60% 70% 80% 90% 100%



respect of human rights, full equality



1. Malta

2. Belgium

3. Luxembourg  
4. Finland  
5. Denmark, Norway  
6. Portugal, United Kingdom

9. France  
10. Sweden  
11. Spain

12. The Netherlands, Austria  
14. Greece  
15. Germany, Croatia, Ireland, Iceland

19. Hungary  
20. Slovenia

21. Montenegro  
22. Estonia

23. Albania, Bosnia & Herzegovina, Switzerland, Slovakia  
26. Georgia, Slovenia  
28. Kosovo\*, Andorra, Serbia

31. Czech Republic

32. Lithuania, Cyprus  
34. Italy, Ukraine  
35. Romania  
37. Bulgaria  
38. Poland  
39. Latvia

40. Moldova, Liechtenstein  
42. Belarus, San Marino  
44. Monaco, North Macedonia  
46. Russia

47. Armenia  
48. Turkey  
49. Azerbaijan

gross violations of human rights, discrimination



How did we calculate these scores?  
Have a look at [www.rainbow-europe.org](http://www.rainbow-europe.org)



Co-funded by the Rights Equality and Citizenship (REC) programme 2014-2020 of the European Union.



In vielen Ländern drohen Schwulen und Lesben Gefängnisstrafen, Folter und mitunter sogar die Todesstrafe. Politische und auch religiöse Führer schüren ein Klima des Hasses. Lesben, Schwule, bisexuelle, trans\*- und intergeschlechtliche Menschen (abgekürzt: LGBTI) leben in ständiger Gefahr und Angst. Wer sich für Menschenrechte engagiert, riskiert viel: Denn Gewalttaten bleiben ungeahndet, oftmals sind Polizei und Staatsorgane an Übergriffen beteiligt.

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung ist die Stiftung für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans\*- und intergeschlechtlichen Menschen. Sie wurde 2007 vom Lesben- und Schwulenverband (LSVD) gegründet, um internationale Menschenrechtsarbeit von und für LGBTI zu unterstützen.



Wir haben etwas  
gegen Homo- und  
Transphobie



Die  
Menschenrechte

**Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung leistet direkte Hilfe:** Wir sammeln Spenden und leiten sie eins zu eins an unsere Partnerprojekte im globalen Süden und in Osteuropa weiter.

**Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung unterstützt die internationale Menschenrechtsarbeit:** Mit den Partnerprojekten konzipieren wir Kampagnen zur Verteidigung der Menschenrechte von LGBTI.

**Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung mischt sich ein:** Wir organisieren Tagungen und Podiumsdiskussionen, kooperieren mit Stiftungen ebenso wie mit Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und melden uns gegenüber Regierungen und Durchführungsorganisationen zu Wort.

**Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung sensibilisiert und informiert:** Die Menschenrechtsarbeit zum Thema sexuelle Orientierung und Geschlechteridentitäten ist bislang ein Randthema in der Auswärtigen Politik. Das Know-how und die Sensibilität für die Belange von LGBTI sind bislang oft auf engagierte Einzelpersonen beschränkt. Unsere Plattform „LGBTI-Menschenrechte“ bietet Vernetzung und Information.

**Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung organisiert Dialoge:** Homosexualität und Religion – das Thema ist hoch brisant. Seit 2012 laden die Hirschfeld-Eddy-Stiftung und das Auswärtige Amt Aktive aus der globalen LGBTI-Bewegung ein, um den Erfahrungsaustausch untereinander und die Vernetzung mit hiesigen Institutionen und Akteur\*innen zu ermöglichen.

**Spenden und Respekt stiften!** Mit einer Spende oder einer Zustiftung zugunsten der Hirschfeld-Eddy-Stiftung können Sie die Menschenrechtsarbeit für Lesben, Schwule, bisexuelle, trans\*- und intergeschlechtliche Menschen in aller Welt nachhaltig unterstützen.

Hirschfeld-Eddy-Stiftung:

IBAN: DE64 3702 0500 0005 0100 00

BIC: BFSWDE33XXX

[www.hirschfeld-eddy-stiftung.de](http://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de)

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung ist die Menschenrechtsstiftung des



Lesben- und Schwulenverband

# Bayern braucht einen Aktionsplan

Koalitionsvertrag ohne LSBTI

**N**och immer gibt es ein Bundesland in Deutschland, das kein Aktionsprogramm gegen LSBTI-Feindlichkeit umsetzt, geschweige denn plant. „Brauchen wir nicht, ist alles ok.“ - für die CSU war damit jahrzehntelang alles gesagt. Bayern blieb auf der Strecke.

LSBTI im Freistaat ist damit leider nicht geholfen. Immer wieder kommt es zu Anfeindungen und gewalttätigen Übergriffen, sowohl auf dem Land als auch in der Landeshauptstadt. Ehrenamtliche Gruppen, Vereine und Verbände beraten staatliche Stellen und Bildungseinrichtungen, um Defizite auszugleichen. Die geringe Wissensvermittlung in Kitas und Schulen, und fehlende Strukturen im ländlichen Raum tragen leider nicht dazu bei, dass Bayern auch für LSBTI lebenswert und sicher ist.

Im Landtagswahlkampf 2018 waren sich SPD, Grüne, FDP, Linke und Mut einig, dass es Handlungsbedarf gibt und sprachen sich deshalb für die Entwicklung eines Landesaktionsplans

aus. Mit der CSU und den Freien Wählern haben sich zwei Koalitionsparteien gefunden, die kein Interesse daran haben, ein solches Programm ins Leben zu rufen. In ihrem Koalitionsvertrag erwähnen sie LSBTI mit keinem Wort und bezeichnen ihn dennoch als „bürgernah“.

Für den LSVD Bayern steht fest: Vorurteile, gesellschaftliche oder rechtliche Diskriminierung, menschenfeindliche Ideologien, Ausgrenzung und Gewalt dürfen auch in unserem Bundesland keinen Platz finden.

Wir brauchen deshalb einen bayerischen Aktionsplan für die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Nicht, weil so viele ihn wollen, sondern weil er notwendig ist. Auch der Freistaat kann sich da nicht länger herausreden.

*Markus Apel, LSVD Bayern*

# Queer Refugees Chemnitz

Seit 3 Jahren Beratung für queere Geflüchtete

In Chemnitz existiert seit drei Jahren das „Information Center for LGBTI Refugees“ des LSVD Sachsen. Cosima Winifred Lambrecht und Kevin Fiedler unterstützen Geflüchtete in Krisensituationen und beraten bei Fragen rund um den Asylprozess. Die Beratungsstelle leistet auch bei Gewalt in Heimen Betroffenen Unterstützung und hat Möglichkeiten, von homo- oder transfeindlicher Gewalt bedrohte Menschen in Schutzräumen kurzfristig unterzubringen. Zusätzlich sensibilisiert die Beratungsstelle Mitarbeitende der Geflüchtetenhilfe und Sprachmittler\*innen für die Bedarfe von LSBTI\*.

In diesem Jahr möchte das Projekt auch einen sicheren Raum schaffen, damit LSBTI\*-Geflüchtete sich untereinander vernetzen, und gegenseitig stärken können. Die möglichen Reaktionen auf eigene Diskriminierungserfahrungen ist dabei zentraler Bestandteil. 2019 soll es erstmalig auch gemeinsame Video-Workshops geben, um die Sichtbarkeit von LSBTI\*-Geflüchteten in Sachsen zu erhöhen.

Neben der Intensivierung der bestehenden Maßnahmen im Bereich Beratung und Gewaltprävention soll die mobile Beratung im Umland stärker im ländlichen Raum verankert werden. Hier möchte der LSVD Sachsen auch in abgelegenen Heimen entsprechende Beratungsangebote anbieten. Die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration fördert die Arbeit des Projektes im Rahmen der integrativen Maßnahmen. Trotzdem ist ehrenamtliches Engagement für die Arbeit unentbehrlich. Denn zum einen ist das Projekt auch für Südwest- und Mittelsachsen zuständig, zum anderen suchen immer mehr Klient\*innen Beistand in der Beratungsstelle.

*Annelie Neumann, Praktikantin des Information Center for LGBTI Refugees Chemnitz*





**336**  
ZIMMER  
**35**  
VERANSTALTUNGS-  
RÄUME

Das  
**Mercure Hotel**  
**MOA Berlin**  
ist Teil der  
**pink pillow**  
berlin collection

- Ausstellungen  
Messen** BIS **6.500** PERSONEN
- Kongresse  
Tagungen** BIS **5.900** PERSONEN
- Hochzeiten** BIS **1.500** PERSONEN
- Konzerte  
Fashion Shows  
Autopräsentationen** BIS **1.800** PERSONEN

- ✓ Gleiche Wertschätzung aller Gäste
- ✓ Toleranz
- ✓ Respekt der Menschenrechte

**EVENTS.**  
**EINFACH.**  
**GEIL.**

MERCURE HOTEL MOA BERLIN  
Stephanstraße 41 • 10559 Berlin  
T +49 (0) 30 39 40 43 0 • F +49 (0) 30 39 40 43 999  
info@hotel-moa-berlin.de • www.hotel-moa-berlin.de

Werner G., 73 Jahre

**§175**  
**Endlich**  
**rehabilitiert!**

Neu:  
erweiterte  
Entschädigungs-  
möglich-  
keiten!



**BISS**  
Bundesinteressenvertretung  
schwuler Senioren e.V.  
Hotline Entschädigung §175  
**0800 175 2017**

Gefördert vom:  
 Bundesministerium  
der Justiz und  
für Verbraucherschutz

Gefördert vom:  
 Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

# „FarbenSpiel“

Das Hannoversche Sportbündnis  
für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt!

**A**m 04. Juli 2018 wurde auf dem weltgrößten Schützenfest in Hannover der Startschuss für das Sportbündnis „FarbenSpiel“ gegeben. Ziel des Bündnisses „FarbenSpiel“ ist die Schaffung eines offenen Umfelds für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Sport.

Gemeinsam mit dem SLS Leinebagger haben der Hochschulsport Hannover und der LSVD Niedersachsen-Bremen unter der Moderation der Landeshauptstadt Hannover diese Bündnis-Idee initiiert und einen Ehrenkodex formuliert. Dieser wurde bei der Veranstaltung auf dem Schützenfest vorgestellt.

## Mitinitiator LSVD

Neben den Initiatoren gehörten der SV Armenia Hannover e.V., Andersraum e.V. und der Turnclub Hannover zu den Erstunterzeichnern des Ehrenkodexes. Seitdem ist die Zahl der Unterstützer und Mitglieder bis heute stetig gestiegen. So sind seither der Stadtsportbund Hannover, die Welfare Freund\*innen e.V. und jüngst die Bowling World Hannover sowie viele weitere Vereine und Institutionen dem Bündnis beigetreten.

Die Stabstelle der Stadt Hannover ‚Beauftragte für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt‘ setzt sich bereits seit vielen Jahren für Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen im Sport ein. So gab es in den Jahren 2012, 2014 und 2016 das Hannoversche Respekt-Spiel gegen Homo- und Transphobie im Sport. Aus diesem ist 2017 die Idee zum Sportbündnis langsam gewachsen.

## Selbstverpflichtung im Ehrenkodex

Im festgeschriebenen Ehrenkodex verpflichten sich die Mitwirkenden des Sportbündnisses „FarbenSpiel“, jeder Form von Feindlichkeit gegenüber queeren Personen in ihren Strukturen entgegenzuwirken und bekennen sich zu einer offenen und vielfältigen demokratischen Gesellschaft. Die teilnehmenden Institutionen engagieren sich für die Anerkennung und den Respekt gegenüber nicht heteronormativen Lebensentwürfen. Sie entscheiden dabei jedoch selbst, in welcher Form sie dies innerhalb der eigenen Organisation umsetzen und realisieren. Angedacht ist, jährlich die beste Umsetzung des Bündnisgedankens auszuzeichnen.

Ein weiteres Ziel ist es, die Nachhaltigkeit in der Arbeit des Sportbündnisses abzubilden. Im regelmäßigen Austausch



*Für einen offenen Sport „FarbenSpiel“*

der Partner werden gemeinsame Projekt-Ideen entwickelt. Im Herbst 2018 fand der erste gemeinsame Workshop der Bündnispartner\*innen statt, bei dem unter anderem die zukünftige Zusammenarbeit und eine mögliche Preisverleihung des Sportbündnisses mit den Unterstützer\*innen besprochen wurden.

## Mitmachen

Nach diesem ersten Workshop konnte schon so manches bewegt werden, doch es gibt noch viel zu tun. Aus eben diesem Grund soll es am 03. Juli wieder eine Veranstaltung im Rahmen des Schützenfestes Hannover geben. Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Sport und allen anderen Lebensbereichen geht uns alle an und kann nur gemeinsam erreicht werden. Dafür steht „FarbenSpiel“ – das Hannoversche Sportbündnis für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt!

## Was kommt danach?

Lasst Euch überraschen - oder noch besser: als Sportverein oder Institution in Hannover gestaltet doch einfach mit! Wir freuen uns auf Euch.

*Imke Thierfelder, LSVD Niedersachsen-Bremen*

Foto: privat



**FUTURZWEI-Abo-Prämie**  
 Limitierter Siebdruck auf  
 Bio-Baumwollrucksack  
 gestaltet von  
 Donata Kindesperk  
 für taz FUTURZWEI



**DIE NEUE  
 TAZ FUTURZWEI  
 JETZT AM KIOSK  
 ODER IM  
 TAZ SHOP**

**Vier Ausgaben für 30 Euro: [tazfutzurzwei.de/abo](http://tazfutzurzwei.de/abo)**  
[futzurzwei.abo@taz.de](mailto:futzurzwei.abo@taz.de) | T (030) 25 902 200  
 taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

## 6 Jahre Regenbogenfamilienzentrum



Foto: LSVD

Von Kinderwunschberatungen über Geburtsvorbereitungskurse, Spielgruppen und offene Nachmittage für Babys und Kleinkinder bis hin zu Gruppenangeboten - seit 2013 ist das Regenbogenfamilienzentrum Berlin zentrale Anlaufstelle für Regenbogenfamilien. Highlights in diesem Jahr sind die gemeinsamen Familienwochenenden auf einem Ponyhof in Brandenburg sowie der Regenbogenfamilien-Plansch am 30. Juni im Kinderbad Monbijou zur Eröffnung der Berliner Pride Weeks.

Auch für Regenbogenfamilien in Brandenburg ist viel passiert. Neben zahlreichen Treffen fanden zu Ostern die Kinderbuchtage für Regenbogenfamilien statt. Bei vielen Treffen mit Familieneinrichtungen konnten pädagogische Fachkräfte sensibilisiert und Pat\*innen im „Netzwerk für gesunde Kinder“ weitergebildet werden. Beim Queensday in Potsdam gab es außerdem einen tollen Schminke- und Spielestand gemeinsam mit dem Regenbogencafé Falkensee,

und am 28. Juni wird am dortigen CSD sogar ein Trecker mit Anhänger für Kinder aus Regenbogenfamilien unterwegs sein.

Damit sich Regenbogenfamilien in allen Familienzentren in Berlin willkommen fühlen, beraten wir Fachkräfte der Familienzentren und deren Kooperationspartner\*innen. Zudem bieten wir Fortbildungen an. 2019 stehen neben „Recht und Regenbogenfamilien“ sowie „Vielfalt Familie“ auch die Themen „Trans\*-Elternschaft“ und „Argumentieren gegen diskriminierende Äußerungen“ auf dem Kursplan. Außerdem werden gemeinsam mit den Berliner Familienzentren Veranstaltungen für Regenbogenfamilien angeboten: Zum Beispiel Regenbogenfamilienfrühstücke in Westend, Karlshorst, Moabit, Friedrichshain, Charlottenburg, zudem Lagerfeuerabende, Kreativnachmittage und vieles mehr.

*Stephanie Wolfram, Lisa Haring und Saskia Ratajszczak, LSVD Berlin-Brandenburg*

# Krisenwohnung in Berlin

Für von Zwangsverheiratung betroffene LSBTI\*

Seit Beginn der rot-rot-grünen Koalition in Berlin arbeitet der LSVD Berlin-Brandenburg mit Hochdruck daran, dass die im Koalitionsvertrag versprochene Krisenwohnung für von Zwangsverheiratung betroffene homosexuelle, bisexuelle und transgeschlechtliche Menschen geschaffen wird. Über 13 Jahre Lobbyarbeit bei Verwaltungen, Parteien und Regierungen waren dem voraus gegangen. Als Träger dieser Einrichtung konnte die Arbeiterwohlfahrt Spree-Wuhle (AWO) gewonnen werden, die trotz des schwierigen Berliner Mietmarktes eine geeignete Wohnung akquirierte und von Frühjahr 2018 bis Frühjahr 2019 aus eigenen Mitteln finanzierte.

Gemeinsam mit dem AWO Landesverband Berlin, dem AWO Kreisverband Spreewuhle und dem Berliner Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung erarbeiteten wir ein Projektkonzept für die Krisenwohnung. Im März 2019 waren endlich alle politischen und bürokratischen Hürden genommen. Die bislang leerstehende Wohnung darf seit April 2019 eingerichtet und anschließend genutzt werden. Für Hilfesuchende, denen Gefahr für Leib und Leben droht, ein wichtiger Ort.

Eine Umfrage des Berliner Arbeitskreises gegen Zwangsverheiratung erfasste 570 Fälle von drohender oder bereits durchgeführter Zwangsverheiratung in Berlin in 2017. Bei der Hälfte von Zwangsverheiratung bedrohten oder betroffenen Männern war deren Homosexualität bekannt. Die Umfrage belegt die besondere Betroffenheit von LSBTI\* Personen.

Zwangsverheiratungen, aber auch sog. Gewalt im Namen der Ehre sowie häusliche Gewalt an LSBTI\*, richten sich gegen die sexuelle und geschlechtliche Identität der Personen. Zwangsverheiratung wird hierbei oftmals als Instrument einer „erhofften Korrektur“ der Identität verwendet, um LSBTI\* Personen in ihrer Identität um ihre Selbstbestimmung zu beschneiden und in eine heterosexuelle Beziehung zu zwingen.

Da das Verlassen des gewaltvollen sozialen bzw. familiären Umfelds oft die einzige Möglichkeit ist, der Gewalt zu entgehen und nicht selten mit riskanten Bedingungen zusammenhängt, bedarf es akuter Schutzmaßnahmen für die Einzelpersonen. Die Bedarfe reichen von einer im Vordergrund stehenden sicheren und anonymen Unterkunft mit Kriseninterventionsmöglichkeiten, bis hin zum Wiederaufbau eines selbstständigen Lebens.



Büroräume von MILES

Foto: MILES

Besondere Bedarfe bei der Unterbringung gibt es bei homosexuellen cisgeschlechtlichen Männern und trans\* Personen. Diese können derzeit nicht in sichere und anonyme Krisenunterkünfte vermittelt werden, da diese Schutzform größtenteils ausschließlich cisgeschlechtlichen Frauen vorbehalten ist. So finden auch trans\* Frauen oftmals keinen Zugang zu Frauenhäusern, da die Aufnahme am Status der Transition festgemacht wird. Darüber hinaus sind sie Diskriminierungen ausgesetzt und finden keine adäquate und sensibilisierte Betreuung. Lesbische cisgeschlechtliche Frauen finden weniger Hürden bei der Aufnahme in Hilfsstrukturen bei akuten Bedrohungsszenarien, sehen sich jedoch oftmals auch mit fehlender Sensibilisierung konfrontiert.

Mit der Krisenwohnung für LSBTI\* der AWO und des LSVD Berlin-Brandenburg soll diesem gefährlichen Vakuum in der Versorgung bedrohter LSBTI\* nun Abhilfe geschaffen und allen von Zwangsverheiratung und Gewalt bedrohten LSBTI\* ein inklusiver Schutz gewährleistet werden.

Kontakt:

Aileen Kakavand, LSVD Berlin-Brandenburg

Aileen.Kakavand@lsvd.de

# „Der Kontakt ist abzurechnen“

Zeugen Jehovas und Homosexualität



Foto: privat

Stefan Barnikow

**S**tefan Barnikow (39) ist in der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas (ZJ) aufgewachsen, schwul und verheiratet. Er kritisiert die Sekte und findet ihren Umgang mit Homosexuellen skandalös und menschenverachtend. Im Gespräch mit Markus Apel vom LSVD Bayern erzählt Stefan, wie er jetzt darüber aufklärt und Menschen helfen möchte, die die Sekte verlassen wollen.

## **Kannst Du erklären, was Zeugen Jehovas eigentlich sind?**

Man kann ganz allgemein sagen, dass es sich um eine religiöse Sondergemeinschaft handelt. Deren Lehre basiert auf einer eigenen und recht speziellen Auslegung der Bibel. Die Gemeinschaft wurde in den USA gegründet und wird von da gesteuert. Der ein oder andere kennt sie vielleicht vom Werben an den Haustüren und Fußgängerzonen. Man glaubt an den nahen Weltuntergang, den nur ZJ überleben.

## **In wie weit sind die Zeugen Jehovas in Bayern aktiv, und unterscheiden sich deren Praktiken von anderen Bundesländern?**

Also in Bayern gibt es 31.000 ZJ, die in 380 Gemeinden organisiert sind. In ganz Deutschland sind es 170.000 und weltweit 7,5 Millionen Mitglieder. Spezielle Praktiken in Bayern gibt es nicht. Die Regeln und Lehren sind für alle ZJ weltweit gleich. Ja, ich möchte sagen gleich schlimm.

Nach außen vertreten die ZJ die Einstellung, dass sie die Handlungen Homosexueller nicht gutheißen, aber ansonsten nichts gegen sie als Menschen haben. Solche zweideutigen Aussagen werden gemacht, um rhetorisch schlechter angreifbar zu sein. Äußerungen aus ihren Zeitschriften, Büchern und Videos lassen jedoch das genaue Gegenteil erkennen.

## **Ähnliche Aussagen sind mir auch von den großen Kirchen bekannt. Besonders in ländlichen Teilen Bayerns haben menschenfeindliche Glaubensgemeinschaften scheinbar leichtes Spiel.**

Ja das stimmt, doch die ZJ gehen noch einen deutlichen Schritt weiter. Wer sich in der Gemeinde outet, wird ausgeschlossen. Das wird dann öffent-

lich in den Zusammenkünften bekanntgegeben. Der Kontakt ist abzurechnen. Dies gilt nicht nur für die Gemeindemitglieder, sondern auch für die Familie. Betroffene werden von einem Tag auf den anderen regelrecht geächtet.

Ein ZJ lernt permanent und von klein auf, dass alle Menschen außerhalb der Gemeinde "schlechter Umgang" sind. Von diesen solle man sich fernhalten oder nur notwendige Kontakte haben. Durch den Ausschluss steht man dann erstmal völlig allein da. Das ist insbesondere bei Minderjährigen eine katastrophale Situation.

## **Wie war das bei Dir?**

Ich selbst habe die ZJ schon im Jahr 2001 verlassen. Meine Eltern haben verbotener Weise noch mit mir gesprochen. Mit dem Eingehen der Lebenspartnerschaft 2017 hält man sich aber an das Kontaktverbot und betrachtet mich als tot.

Perfider Weise wird dieses Kontaktverbot seitens der ZJ auch noch als eine „liebvolle Vorkehrung“ verkauft. Es soll den Betroffenen zum Nachdenken und zurück in die Sekte bringen. Oft führt dieses Vorgehen zu schweren psychischen Krankheiten oder auch zu Selbstmord.

## **Wie hast Du das verarbeitet? Und welche Folgen hatte das für Dich?**

So ganz kann man das wahrscheinlich nie verarbeiten. Aber ich habe gelernt, damit umzugehen. Eine große Hilfe war mein Mann Björn. Wir haben in unzähligen Stunden über das Erlebte gesprochen und tun das auch heute noch. Es ist schwierig, sich mit jemandem außerhalb über das gesamte Thema zu unterhalten. Die meisten Gesprächspartner können gar nicht glauben, dass solche Praktiken in der heutigen Zeit noch existieren.

Seit letztem Jahr bin ich Mitglied in dem Verein JW Opfer Hilfe e.V. Dort klärt man über die Zeugen Jehovas und deren Lehren auf. Mitgliedern, die die Gemeinschaft verlassen wollen, steht man unterstützend zur Seite.

<http://jw.help/problembereiche/warum-sind-jehovas-zeugen-homophob>

# AKZEPTANZ VON LSBTI\* in Jugendarbeit und Bildung

## 3. Regenbogenparlament

an der Universität HAMBURG

Von-Melle-Park 9  
20146 Hamburg

**Samstag, 07.09.2019**  
**9:30-17:00 Uhr**

Gefördert vom

 Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Lesben- und Schwulenverband



Freundlich unterstützt von



In Kooperation mit



[www.miteinander-staerken.de](http://www.miteinander-staerken.de)





## Wir sind wie du!

Spannende Persönlichkeiten, tiefgründige Hintergrundartikel und Reiseberichte abseits der typischen Gay-Destinationen. Mit unserem unverbindlichen Probeabo «Zum Kennenlernen» erhältst du 3 Ausgaben für nur 15 Euro. Werde jetzt Teil der Mannschaft! → [mannschaft.com/abonnieren](http://mannschaft.com/abonnieren)

# UU.FM

Lesbisch-schwuler Rundfunk

Mehr Vielfalt  
im Radio



**NEU:** noch mehr Vielfalt



# Nachruf auf Hans-Jürgen Wolter

**W**ir sind erschrocken und traurig über das unerwartete Ableben unseres Freundes und Kollegen Hans-Jürgen Wolter. Er ist in der Nacht zu Montag, den 25. Februar, kurz vor seinem 78. Geburtstag verstorben.

Der Lesben- und Schwulenverband Schleswig-Holstein e.V. (LSVD) trauert um sein Gründungs- und Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Wolter. Seit 2010 war er hier LSVD-Vorstandsmitglied und engagierte sich darüber hinaus u. a. auch als Erster Vorsitzender für die Rechtsfürsorge e. V. Lübeck – Resohilfe. Hans-Jürgen Wolter war langjähriges Mitglied im Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein (ADVSH) und im Landesflüchtlingsrat.

Der Jurist war SPD-Landtagsabgeordneter – bis er nach § 175 StGB verurteilt wurde. Auch deswegen war ihm die angemessene Opferrehabilitierung, die Gleichbehandlung aller Menschen und das Engagement für diskriminierte Minderheiten eine unermüdliche Herzensangelegenheit.

Bis zu seinem Tode praktizierte er als Fachanwalt für Sozial- und Arbeitsrecht in Lübeck. Hans-Jürgen Wolter war ebenso im Asyl- und Aufenthaltsrecht unterwegs und verhalf als ihr Rechtsanwalt zahlreichen Geflüchteten zu Asylanerkennung und Bleiberecht.

LSVD, Resohilfe, ADVSH und Flüchtlingsrat sind Hans-Jürgen Wolter zu großem Dank verpflichtet und werden ihm ein ehrendes Andenken erhalten.

Kiel, 1.3.2019

*Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein e.V., Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.,  
Lesben- und Schwulenverband Schleswig-Holstein e.V., Rechtsfürsorge e. V. Lübeck*



Foto: privat

**Ja, ich möchte in den LSVD eintreten. Programm und Satzung des LSVD erkenne ich an.**

Ich zahle einen monatlichen Beitrag\* von  10,-€  15,-€  30,-€  \_\_\_\_\_ € \*monatlicher Regelbeitrag 10€, für Nichtverdienende 2,50€

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Straße, Nr.: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum (optional): \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den LSVD e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Gleichzeitig weise ich mein Kreditinstitut an, die von dem LSVD e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Abbuchung:  viertel- /  halb- /  jährlich

Kontoinhaber/in: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Kreditinstitut (Name und BIC)

IBAN: DE \_\_ / \_\_ / \_\_ / \_\_ / \_\_ / \_\_

Ich habe die Datenschutzerklärung des LSVD ([www.lsvd.de/bottom-meta-navigation/datenschutz.html](http://www.lsvd.de/bottom-meta-navigation/datenschutz.html)) gelesen und bin damit einverstanden, dass die mich betreffenden Daten vom LSVD verarbeitet werden, soweit sie für das Mitgliedschaftsverhältnis, die Betreuung und der Verwaltung der Mitglieder und die Verfolgung der Vereinsziele erforderlich sind.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Unterschrift

Weitere Infos: [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de), [www.hirschfeld-eddy-stiftung.de](http://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de)  
lsvd@lsvd.de, Tel.: 0221 – 92 59 61 0



# Für Menschenrechte, Vielfalt und Respekt

Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht des LSVD 2018/2019

## VORWORT

Mit diesem Bericht legt der Bundesvorstand Rechenschaft über die Aktivitäten seit dem letzten Verbandstag ab. Auch nach der Eheöffnung im Jahr 2017 sind längst nicht alle Fragen gelöst. Offen sind in direkter Folge der Eheöffnung z.B. Fragen des Abstammungsrechts. In anderen Politikfeldern stehen wir und unsere Verbündeten noch mitten drin in den Bemühungen, die Situation für LSBTI weiter zu verbessern und Rückschritte abzuwehren.

Ein historischer Wendepunkt im Berichtszeitraum war die im Dezember 2018 vom Deutschen Bundestag in beschlossene Änderung im Personenstandsrecht. Damit wurde das entsprechende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes umgesetzt, auch wenn die Bundesregierung sich bemühte, das möglichst restriktiv zu machen. Auch hier sind also noch lange nicht alle Probleme angemessen gelöst. Ein weiterer historischer Moment war, dass auf unsere Einladung hin mit Frank-Walter Steinmeier nach 69 Jahren Bundesrepublik erstmals ein Bundespräsident an einer LSBTI-Veranstaltung teilnahm und klare Worte fand.

Der LSVD hat nun in Zeiten zu agieren, in denen durch den Rechtsruck, dessen deutlichstes Zeichen der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag ist, auch Homophobie und Transfeindlichkeit erneut ansteigen. Die im Bundestag vertretenen Parteien begegnen dieser Entwicklung höchst unterschiedlich: Während die einen sich in ihren menschenrechtsbasierten Positionen nicht beirren lassen, erwecken andere den Eindruck, dass sie dieser Entwicklung hinterherlaufen und so offensichtlich hoffen, Wähler\*innen von der AfD und anderen rechtspopulistischen Parteien zurückzugewinnen. Als Beispiel sei hier der im Bericht näher beschriebene Kampf gegen die Erweiterung der Gruppe der „sicheren Herkunftsstaaten“ benannt. Für uns heißt diese Lage, besonders intensiv den Schulterschluss mit anderen menschenrechtsorientierten Kräften in der Gesellschaft zu suchen, um gemeinsam für Demokratie, Freiheit und Respekt einzutreten.

Wir danken an dieser Stelle allen, die zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben – denen, die sich ehrenamtlich im LSVD engagieren, aber auch und in besonderer Weise unseren Mitarbeitenden in den Geschäftsstellen und in den Projekten. Ohne diese gemeinsame engagierte Arbeit wäre das meiste von dem, was beschrieben ist, nicht oder nicht in diesem Umfang möglich gewesen.

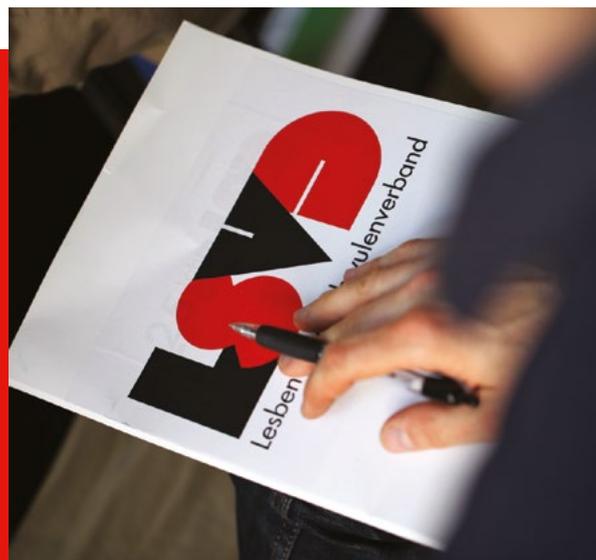


Foto: Caro Kadatz/LSVD

# 1. Aktivitäten in der nationalen Politik



Foto: LSVD/ Stefan Wiernz (Möln)

## 1.1 FÜR EIN GERECHTES RECHT

### ABSTAMMUNGSRECHT

Im vergangenen Jahr hat der LSVD weiter durch zahlreiche Gespräche mit Fachpolitiker\*innen auf Landes- und Bundesebene und mit kooperierenden Familien- und Wohlfahrtsverbänden die Dringlichkeit einer Reform des Abstammungsrechts thematisiert. Insbesondere in den Gesprächen mit Bundesjustizministerin Katarina Barley und Bundeskanzlerin Angela Merkel wurden unsere umfassenden Forderungen zu einem gesicherten rechtlichen Rahmen für die verschiedenen Formen von Regenbogenfamilien zum Ausdruck gebracht.

Nun liegt endlich ein Diskussionsentwurf des Bundesjustizministeriums zur Reform des Abstammungsrechts vor, der jedoch in der Sache nicht weit genug geht und in der derzeitigen Form nur für einen Teil von Regenbogenfamilien Rechtssicherheit bringen wird.

In der Fachöffentlichkeit haben wir das Thema Regenbogenfamilien im Rahmen fruchtbarer neuer Kooperationsprojekte weiter verankert: eine sehr gut besuchte gemeinsame Fachtagung mit dem Zukunftsforum Familie e.V. im Juni 2018 zum Thema Familienvielfalt hat den LSVD als Akteur im Bereich der Familienpolitik einem größeren Kreis von potenziellen Kooperationspartner\*innen bekannt gemacht und in der Folge Kontakte für zahlreiche weitere Veranstaltungen, Fortbildungen und Vorträge zum Thema Regenbogenfamilien gebracht. Auch die Mitarbeit des LSVD durch Gabriela Lünsmann im Arbeitskreis Familienrecht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) als einflussreichem bundesweitem Träger der Wohlfahrtspflege ermöglichte es dem LSVD, für das Thema Regenbogen zu sensibilisieren. Henny Engels arbeitet im AK Frauen des DPWV mit.

## DISKRIMINIERUNGSFREIER ZUGANG ZU ASSISTIERTER REPRODUKTION

Im Rahmen der Regenbogenfamilienpolitik hat den LSVD auch im vergangenen Jahr die Frage des diskriminierungsfreien Zugangs zu assistierter Reproduktion weiter verfolgt. Unsere Forderung, dass für das Krankenversicherungsrecht und das ärztliche Berufsrecht durch Bundesgesetz eine Klarstellung dahingehend erfolgt, dass die assistierte Reproduktion allen Menschen unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung bzw. geschlechtlicher Identität offensteht, haben wir weiter in Gesprächen und Stellungnahmen Nachdruck verliehen.

Das im Juli 2018 in Kraft getretene Spenderregistergesetz bringt hier nur in einem kleinen Bereich neue Rechtssicherheit für Regenbogenfamilien, die sich für die Durchführung einer assistierten Insemination im Rahmen ärztlicher Behandlung entscheiden; hier gibt das Gesetz den Beteiligten Rechtssicherheit hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Beteiligten. Dies gilt aber weiterhin nicht für alle diejenigen, die zur Familiengründung aus Überzeugung oder aus ökonomischen Gründen eine private Samenspende verwenden wollen.

## GESPRÄCH MIT DER BUNDESMINISTERIN FÜR JUSTIZ UND VERBRAUCHERSCHUTZ

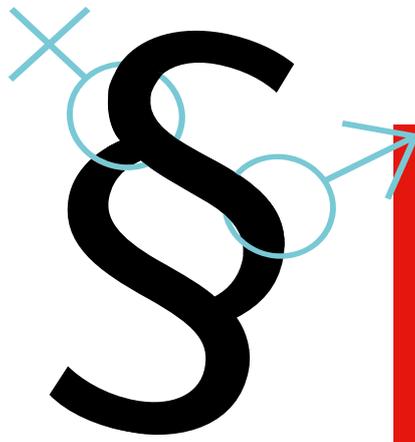
Die Bundesvorstandsmitglieder Axel Hochrein und Gabriela Lünsmann konnten am 23.10.2018 in einem einstündigen Gespräch mit Bundesjustizministerin Katarina Barley und den Leiter\*innen ihrer Abteilungen Bürgerliches Recht und Verfassungsrecht die aus Sicht des LSVD aktuell drängendsten rechtspolitischen Fragen diskutieren. Dabei hat sich der LSVD ebenso für eine zügige Reform des Abstammungsrechts zugunsten von Regenbogenfamilien stark gemacht wie für die lange überfällige Reform des Transsexuellengesetzes (TSG), deren Notwendigkeit durch die Neuregelung zur Dritten Option für den Geschlechtereintrag im Personenstandsrecht Ende 2018 ein weiteres Mal überdeutlich geworden ist. Ein weiteres Thema des Gesprächs war die Forderung nach einer Ergänzung des Artikels 3 Grundgesetz um ein Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität.



## ARTIKEL 3

Im Hinblick auf den 70sten Geburtstag des Grundgesetzes im Mai 2019 plant der Bundesvorstand die Wiederaufnahme der LSVD-Kampagne „3+“.

Bei einer Veranstaltung des LSVD Sachsen-Anhalt im August 2018 in Magdeburg diskutierte Bundesvorstand Günter Dworek u.a. mit der dortigen CDU-Ministerin für Justiz und Gleichstellung Anne-Marie Keding über eine entsprechende Ergänzung der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt. Moderiert wurde die Veranstaltung von Bundesvorstand Henny Engels. Im Rahmen des Gesprächs nannte die Ministerin erstmals einen Zeitplan für die Ergänzung der Landesverfassung um das Merkmal „sexuelle Identität“ beim Schutz vor Diskriminierung. Danach soll der parlamentarische Prozess zur Ergänzung der Landesverfassung im ersten Halbjahr 2019 stattfinden und abgeschlossen werden. Sachsen-Anhalt wäre damit das sechste Bundesland, das sich in seiner Landesverfassung gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von LSBTI ausspricht.



## NACH UMWANDLUNG EINER LEBENSPARTNERSCHAFT IN EINE EHE

Lebenspartner\*innen, die ihre Partnerschaft in eine Ehe umwandeln, müssen nach Art. 3 Abs. 2 des Eheöffnungsgesetzes so behandelt werden, als ob sie am Tag der Begründung der Lebenspartnerschaft geheiratet hätten. Der Gesetzgeber wollte durch diese Regelung die letzten Unterschiede zwischen Ehegatt\*innen und Lebenspartner\*innen rückwirkend beseitigen. Zu diesem Zweck sollten bestimmte sozial- und steuerrechtliche Entscheidungen neu getroffen werden.

Die Steuerverwaltung befürchtete hohe Rückforderungen und behauptete deshalb, eine rückwirkende Aufhebung schon bestandskräftiger Bescheide sei vom Gesetzgeber nicht gewollt. Sie hat deshalb die Finanzämter angewiesen, alle Anträge auf rückwirkende Neuveranlagung abzuweisen. Dagegen haben wir mit Briefen und in Gesprächen immer wieder protestiert. Das hatte schließlich Erfolg.

Der Bundestag hat am 08.11.2018 mit dem Jahressteuergesetz beschlossen, dass gleichgeschlechtliche Ehegatt\*innen rückwirkend im Einkommensteuerrecht gleichgestellt werden, wenn sie ihre Lebenspartnerschaft bis zum 31.12.2019 in eine Ehe umwandeln und bis zum 31.12.2020 die Aufhebung der Steuerbescheide beantragen, die nach der Gleichstellung im Jahre 2013 nicht mehr geändert werden konnten, weil sie bereits bestandskräftig waren oder weil die Festsetzungsfrist abgelaufen war. Die klare Regelung ist zugleich eine gesetzliche Interpretation des Art. 3 Abs. 2 EheöffnungsgG, die auch für die rückwirkende Gleichstellung bei der Grunderwerbsteuer und beim Familienzuschlag Klarheit gebracht hat.

## REFORM DES PERSONENSTANDSRECHTS

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Oktober 2017 verkündet hat, dass der Gesetzgeber im Personenstandsrecht (PStG) neben männlich und weiblich einen weiteren positiven Geschlechtseintrag zulassen muss, hat der LSVD 2018 den Gesetzgebungsprozess zur Umsetzung des Urteils intensiv mit Stellungnahmen, Pressearbeit und Gesprächen mit Politiker\*innen begleitet. Im Dezember 2018 wurde das „Gesetz zur Änderung der im Geburtenregister einzutragenden Angaben“ vom Bundestag verabschiedet und ist seit Jahresbeginn in Kraft.

Zusammen mit anderen Organisationen ist es dabei gelungen, dass die Bezeichnung für die neu eingeführte Geschlechtskategorie „divers“ lautet und nicht „weiteres“, wie ursprünglich vom Innenministerium geplant. Außerdem müssen Eltern ihr intergeschlechtliches Kind nicht als „divers“ eintragen lassen bzw. können den Geschlechtseintrag offenlassen. Sie können ihr Kind auch als weiblich oder männlich eintragen lassen, um die Intersexualität bzw. Intergeschlechtlichkeit ihres Kindes nicht zu offenbaren, was einem Zwangsoouting gleichgekommen wäre. Auch das war im Entwurf der Bundesregierung noch nicht vorgesehen. Zudem hatten wir kein Verständnis dafür, dass das Verbot von Zwangsoperationen und -behandlungen an intergeschlechtlichen Kindern nach wie vor aussteht.

Durch das Gesetz ist ein neuer § 45b in das PStG eingefügt worden. Danach können Menschen mit „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ beim Standesamt beantragen, dass ihr rechtliches Geschlecht und ihre Vornamen geändert werden. Sie müssen dafür eine ärztliche Bescheinigung vorlegen, aus der hervorgeht, dass bei ihnen eine „Variante der Geschlechtsentwicklung“ vorliegt.

Der Begriff „Variante der Geschlechtsentwicklung“ hat keine feststehende Bedeutung. Man kann ihn deshalb mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verfassungskonform so auslegen, dass er auch transgeschlechtliche Menschen umfasst.

## 1.2 FÜR MENSCHENWÜRDE – GEGEN HASS

### PROJEKT „QUEER REFUGEES DEUTSCHLAND“

Seit Herbst 2017 beraten, unterstützen, vernetzen und informieren die beiden Mitarbeitenden Lilith Raza und Patrick Dörr im LSVD-Projekt „Queer Refugees Deutschland“ LSBTI-Personen, die nach Deutschland geflüchtet sind oder sich auf der Flucht befinden.

Im November 2018 informierte Patrick Dörr zusammen mit Henny Engels und Klaus Jetz die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Widmann-Mauz (CDU), aus deren Mitteln das Projekt gefördert wird, über den Stand des Projekts und die Lage von LSBTI-Geflüchteten im Asylverfahren in Deutschland.

Das Projekt wird über den ursprünglichen Bewilligungszeitraum bis Ende 2018 hinaus nun bis Ende 2020 gefördert und kann somit seine Arbeit nachhaltig fortsetzen. Überdies wurde das Projekt um den Bereich „Integration“ erweitert, also um das Ziel der stärkeren Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Integrationsmaßnahmen.



Patrick Dörr und Lilith Raza vom Projekt „Queer Refugees Deutschland“

Foto: Caro Kautz / LSVD



Poster des Projekts „Queer Refugees Deutschland“

### DAUERBRENNER „SICHERE HERKUNFTSSTAATEN“

Auch in den vergangenen zwölf Monaten musste der LSVD wieder viel Arbeit darin investieren, den aus unserer Sicht verfassungswidrigen Regierungsplänen Widerstand zu leisten, die Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien für „sicher“ zu erklären.

Im Januar 2019 hat der LSVD einen Appell an die demokratischen Parteien im Bundestag gerichtet. Im Bundestag stimmten am 18. Januar 2019 CSU/CDU, die große Mehrheit der SPD-Abgeordneten, AfD und FDP dafür, Staaten für sicher zu erklären, obwohl dort Menschen wegen ihrer Homosexualität (und andere den Regierenden dort missliebige Gruppen) strafrechtlich verfolgt werden. Linke und Grüne stimmten geschlossen dagegen. Einige SPD-Abgeordnete stimmten ebenfalls dagegen oder enthielten sich.

Danach scheiterte das Vorhaben aber vorläufig am Bundesrat. Der Gesetzentwurf zu den sicheren Herkunftsstaaten wurde dort am 15.02.2019 von der Tagesordnung genommen, als sich abzeichnete, dass es in der Länderkammer keine Mehrheit für den Gesetzentwurf geben würde. Der LSVD hat danach den Grünen und Linken in den Landesregierungen gedankt, die diesem verfassungswidrigen Gesetzesvorhaben die Zustimmung verweigert haben.

Der LSVD appelliert an die anderen Länder, die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen, die Absetzung im Bundesrat zum Anlass zu nehmen, endlich ihre Haltung zu überdenken. Die Einstufung von Verfolgerländern als „sicher“ verharmlost die Kriminalisierung von Homosexualität in Algerien, Marokko und Tunesien. Sie wäre ein schwerer Rückschlag für den Menschenrechtskampf vor Ort.



Grafik: LSVD - bkeble.com/Tobias Wieland

## PROJEKT „MITEINANDER STÄRKEN. RECHTSPOPULISMUS ENTGEGENWIRKEN“

Der LSVD verfolgt mit dem Projekt „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ das Ziel, dem Rechtspopulismus Paroli zu bieten und wirksame Strategien und Bündnisse zu entwickeln. Die beiden Projektmitarbeiter Jürgen Rausch und René Mertens arbeiten seit Sommer 2017 an der Durchführung des Projektes, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird.

Zum Auftakt des Projekts fanden in Leipzig, Mannheim, Dortmund und Magdeburg vier Vernetzungstreffen statt. Darauf aufbauend wurden drei Regionalkonferenzen in Leipzig (Oktober 2018), München (November 2018) und Düsseldorf (Februar 2019) durchgeführt. Die vierte Konferenz fand am 2. April in Magdeburg statt. Im Rahmen der Konferenzen wurden die ersten Ergebnisse der Vernetzungstreffen besprochen und weiterentwickelt. Die Ergebnisse der Treffen und Konferenzen werden jeweils als gedruckte Broschüre veröffentlicht und stehen auf der Webseite des Projekts als PDF jederzeit zum Download zur Verfügung [www.miteinanderstaerken.de/rechtspopulismus-entgegenwirken/materialien](http://www.miteinanderstaerken.de/rechtspopulismus-entgegenwirken/materialien).

Neben den regionalen Veranstaltungen wurden bundesweite Regenbogenparlamente durchgeführt. Das zweite Forum dieser Art fand am 22. September 2018 in der VHS Köln statt. Dabei stand im Fokus, wie die Regenbogenkompetenz in der Senior\*innenarbeit, in der Bildung, in Religionsgemeinschaften, in den Medien, in der Arbeitswelt und in der internationalen Menschenrechtspolitik erhöht werden kann. Das dritte Regenbogenparlament wird am 07. September 2019 in Hamburg stattfinden.



Foto: LSVD

*René Mertens und Jürgen Rausch vom Projekt „Miteinander Stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken.“*

## **GESPRÄCH MIT DER BUNDESMINISTERIN FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND**

Am 23. Februar trafen sich 19 Vertreter\*innen aus 10 LSBTI-Verbänden mit Bundesministerin Dr. Franziska Giffey. Helmut Metzner und Henny Engels vertraten den LSVD. Sie stellten einige thematische Schwerpunkte des LSVD vor, so z.B. die Aktivitäten im Projekt „Miteinander stärken – Rechtspopulismus entgegenwirken“, im Bereich der Regenbogenfamilien, Arbeit mit und für LSBTI-Geflüchtete(n) und der Befassung mit der Situation von Lesben.

## **AKTIVITÄTEN IM BEREICH SPORT**

### **Männerfußball WM2018 in Russland**

Der LSVD forderte, dass die FIFA bei der Fußball-WM in Russland deutlich macht, dass die von ihr verabschiedeten Richtlinien für Menschenrechte nicht nur Augenwischerei und heiße Luft bleiben. Sie sollte unmissverständlich klar machen, dass sie hinter allen Fans und Spielern steht, die sich während der WM für die Menschenrechte stark machen und etwa mit einer Regenbogenflagge oder ähnlichen Statements in Fußballstadien Solidarität mit russischen LSBTI zeigen.

### **Vernetzung und Austausch**

Im September war die Präsidentin des Antidiskriminierungsrates von Mexiko-Stadt, Jaqueline L'Hoist Tapia in Berlin zum Austausch mit dem LSVD zu Gast. Geplant ist eine Konferenz für 2020 in Mexiko-City mit Vertreter\*innen des mexikanischen Fußballs und aus Deutschland. Anlass ist die Männerfußball WM 2026 in Mexiko, Kanada und den USA.

Die Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) ist in der Fanarbeit im Fußball eine der wichtigsten Institutionen. Im Rahmen der 25-Jahr-Feier nahm der LSVD Kontakt auf und hat sich auf eine Zusammenarbeit verständigt.

Am 07.11.2018 trafen sich 26 Vertreter\*innen der Regional- und Landesverbände des DFB in Frankfurt am Main zum Erfahrungsaustausch zum Thema „Sexuelle Vielfalt und Diskriminierung im Fußball“ - Thomas Hitzlsperger und der LSVD gaben den Input.

In mehreren Dialogforen hatte der DFB Vertreter\*innen von Sportverbänden und -vereinen, Nichtregierungsorganisationen, Kommunen, Bundesministerien, Unternehmen, der Kirche und anderen religiösen Gemeinschaften, gemeinnützigen Stiftungen, der Wissenschaft und Wirtschaft in Berlin zusammengebracht.

Ebenfalls gab es zwei Treffen mit Britta Dassler, sportpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion.

## 1.3 FÜR EINE ANERKENNUNG DER REALITÄT



Zuwenden und annehmen schaffen bezaubernde Augenblicke.

Beratungsstellen helfen, innezuhalten und die Wunder im Alltäglichen zu sehen.



### BERATUNGSKOMPETENZ FÜR REGENBOGENFAMILIEN

Seit Sommer 2015 setzt sich der LSVD mit dem Modellprojekt „Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien“ dafür ein, dass Regenbogenfamilien in Zeiten familiärer Herausforderungen und Belastungen leichter eine fachkundige Begleitung und Unterstützung in wohnortnahen Beratungsstellen finden können ([www.regenbogenkompetenz.de](http://www.regenbogenkompetenz.de)).

Hierfür hat das Projektteam, bestehend aus Elke Jansen und Kornelia Jansen, ein Trainingsprogramm entwickelt, das bis zum Ende der Förderperiode bundesweit in über 50 Schulungen mit annähernd 1.000 Fachkräften erprobt und optimiert werden konnte.

Dieses Programm wurde im Sommer 2018 in Form eines Trainingsmanuals einer breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht:

Im Herbst 2018 wurde die Förderperiode des Projektes abgeschlossen. Die Angebote des Projektes können auf Honorarbasis weiterhin genutzt werden.



### LESBENVERNETZUNGSTREFFEN

Im Rahmen des vom Bundesprogramm Demokratie leben geförderten Projekts „Miteinander stärken“ lud der Bundesvorstand am 24./25. November 2018 zu einem Lesbenvernetzungstreffen in Hannover ein. 41 Vertreter\*innen aus unterschiedlichen Organisationen, Netzwerken und Verbänden tauschten sich über Erfahrungen in verschiedenen Bereichen aus. Das ausführliche Protokoll über das Treffen findet sich unter <https://tinyurl.com/y2ssjcyv>

### GEDENKEN AN DIE IM NATIONALSOZIALISMUS VERFOLGTEN LESBEN

Die Auseinandersetzungen um eine angemessene Form des Gedenkens an die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Lesben hielten im Berichtszeitraum unvermindert an. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten hat angesichts divergierender Vorschläge trotz verschiedener Anläufe im Jahr 2018 keine Entscheidung über ein Gedenkzeichen in Ravensbrück und den diesbezüglichen Widmungstext getroffen. Der Bundesvorstand erörterte diese Situation in einem Gespräch mit dem Landesvorstand des LSVD Berlin-Brandenburg. Geplant ist nun, dass der LSVD-Bundesverband den Versuch unternimmt, in einem strukturierten Dialog die unterschiedlichen wissenschaftlichen Positionen produktiv miteinander ins Gespräch zu bringen. Ziel muss sein, zügig zu einem zugewandten, inklusiven und den wissenschaftlichen Erkenntnisstand reflektierenden Gedenken zu kommen.

## MEDIENPOLITIK

Jenny Renner bringt die Interessen von LSBTI im ZDF-Fernsehrat ein; sie wurde zudem vom ZDF-Fernsehrat in den Beirat von ARTE Deutschland entsandt. Klaus Jetz vertritt den LSVD seit 1. Januar 2019 im Hörfunkrat des Deutschlandfunks.



Foto: Caro Kadatz /LSVD

Klaus Jetz, LSVD-Geschäftsführer

## MEDIEN – „DIE SALONFÄHIGEN“ UND „VOLL IM BILD“

Migrant\*innen mit Kopftuch, Menschen, die an Rollstühle „gefesselt“ sind und Artikel über „Geschlechtsumwandlungen“ und „Schwulenparaden“. Allesamt so klischeehaft wie alltäglich sind die Berichte über sogenannte „Randgruppen“. Aber wie sind sie im Tagesgeschäft zu vermeiden? Dieser Frage gingen der LSVD, die Leidmedien und die Neuen Deutschen Medienmacher\*innen in der gemeinsamen Veranstaltungsreihe „Die Salonfähigen“ in Berlin nach. Zusammen mit der Bundesvereinigung Trans\* (BVT\*) gestalteten wir dabei den Abend über Transgeschlechtlichkeit und Homo- bzw. Bisexualität. Zum Abschluss ihrer gemeinsamen Veranstaltungsreihe „Die Salonfähigen“ diskutierten Judyta Smykowski (Leidmedien), Konstantina Vassiliou-Enz (Neue Deutsche Medienmacher\*innen) und Markus Ulrich (LSVD) mit Katrin Gottschalk, stellvertretende Chefredakteurin der taz, über Sprache und Bilder in den Medien und wie es besser werden kann.

Foto: Anna Spindelhauer

Diese sehr erfolgreiche Zusammenarbeit wurde im Dezember 2018 mit dem eintägigen Workshop „Voll im Bild!“ fortgesetzt. Mit 40 Fotograf\*innen, Bildredakteur\*innen, Models und Expert\*innen haben wir in Berlin über Fotojournalismus und Bilder von Menschen mit Migrationsgeschichte, mit Behinderung und aus der LSBTI-Community gesprochen. Wir haben an Lösungen gearbeitet und erste Foto-Shootings gemacht. Die Veranstaltung wurde vom Bundesinnenministerium und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert. Neben der Dokumentation des Workshops erschien im März 2019 auch ein gemeinsamer Flyer mit einer „Checkliste für diskriminierungsarme Bildberichterstattung“.

Foto: Anni Weiland



Markus Ulrich, LSVD-Pressesprecher beim Workshop „Voll im Bild“

## 1.4 FÜR EINE GUTE ZUKUNFT

### FESTAKT AM DENKMAL FÜR DIE IM NATIONALSOZIALISMUS VERFOLGTEN HOMOSEXUELLEN

Anlässlich des 10. Jahrestages des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen besuchte am 3. Juni 2018 mit Frank-Walter Steinmeier auf Einladung des LSVD, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld erstmals ein Bundespräsident den Gedenkort und überhaupt eine LSBTI-Veranstaltung. In seiner vielbeachteten Rede bat der Bundespräsident ausdrücklich „um Vergebung – für all das geschehene Leid und Unrecht, und für das lange Schweigen, das darauf folgte.“ Für den LSVD dankte Günter Dworek dem Bundespräsidenten dafür und betonte in seiner Rede: „Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus führt uns vor Augen, was geschehen kann, wenn Hass und Hetze eine Gesellschaft vergiften, wenn eine Mehrheit gleichgültig wird gegenüber dem Leben Anderer. Es gibt kein Ende der Geschichte. Um Freiheit, Gleichheit und Respekt muss täglich neu gerungen werden.“

Weitere Redner\*innen waren der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, und Gulya Sultanova, LSBTI-Aktivistin aus St. Petersburg, die eindringlich heutige Menschenrechtsverletzungen und den Kampf dagegen schilderte.

Anlässlich des zehnten Jahrestages der Übergabe des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen an die Öffentlichkeit luden die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden



Fotos: Stiftung Denkmal / Adariko Pliske

*Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller*

Europas, der LSVD sowie die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld am Abend des 28. Juni in das ehemalige Stummfilmkino Delphi in Berlin-Weißensee zu einer Lesung ein.

Auch in seinem elften Jahr war das Denkmal vielfach Ort von Anteilnahme und Gedenken. So sprach für den LSVD Axel Hochrein dort im September 2018 auf einer Gedenkveranstaltung für die verfolgten und ermordeten Lesben in der NS-Diktatur und betonte: „Unrecht kennt kein Geschlecht. Leid kennt kein Geschlecht.“

### PREMIERE IM BUNDESKANZLERINNENAMT

Am 25. Oktober 2018 empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel erstmals eine Delegation des LSVD. Themen des Gesprächs waren vor allem die Situation von Regenbogenfamilien (insbesondere das Abstammungsrecht), die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz, ein Maßnahmenprogramm gegen Homophobie und Transfeindlichkeit und dabei insbesondere der Kampf gegen Hasskriminalität. Von Seiten des LSVD nahmen Günter Dworek, Henny Engels, Axel Hochrein, Gabriela Lünsmann, Helmut Metzner und Markus Ulrich teil. In dem 1½-stündigen intensiven Austausch zeigte sich die Bundeskanzlerin gegenüber vielen Argumenten des LSVD offen und stellte in Aussicht, einige der Themen an die zuständigen Minister\*innen in ihrem Kabinett heranzutragen.



Foto: Kanzleramt

*LSVD bei Kanzlerin Angela Merkel*

## 2. Internationales



Uta Schwenke (2.v.l.) und Sonja Schelper (3.v.r.) mit dem Team der Coalition of African Lesbians

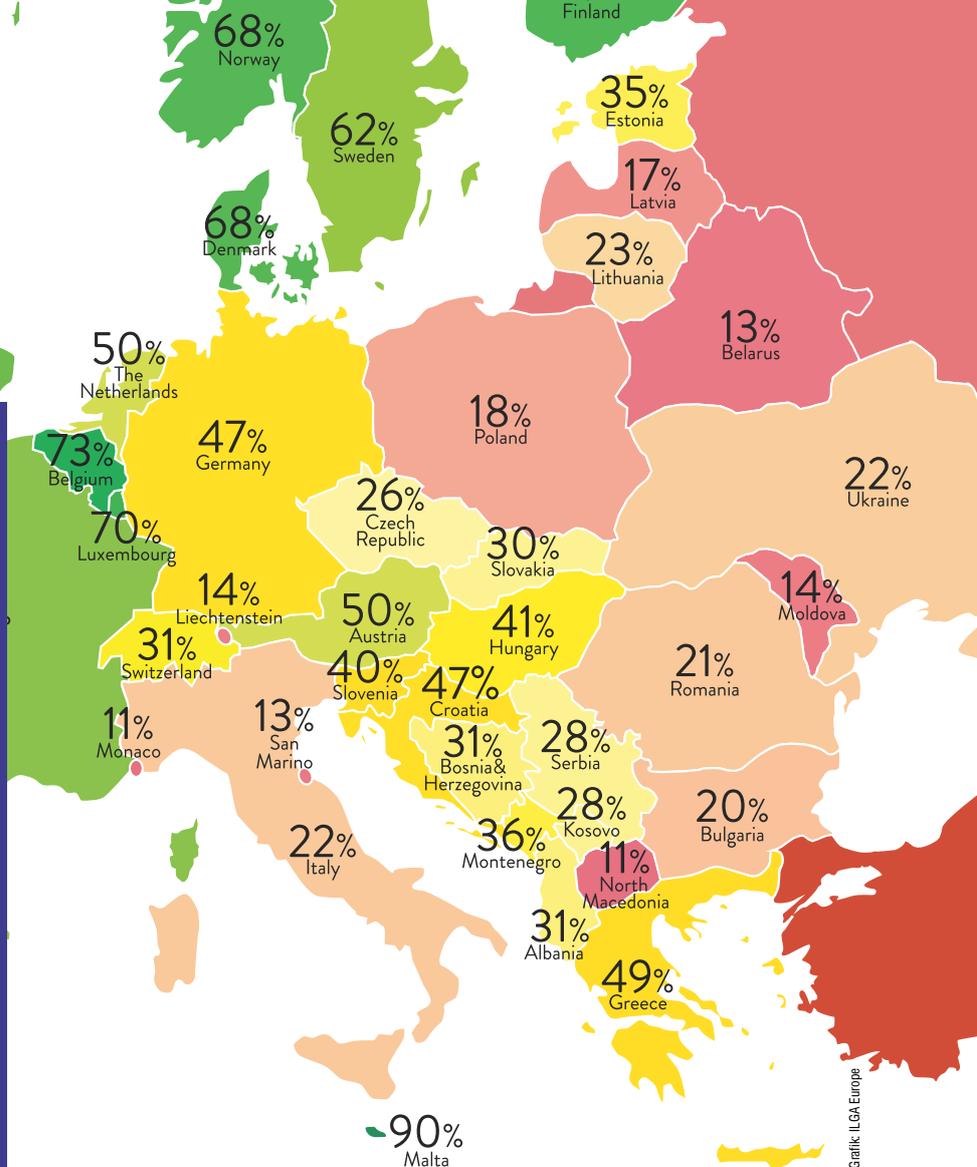
### ERFOLGREICHER ABSCHLUSS VON MASAKHANE

Masakhane ist das größte jemals vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Projekt im Bereich LSBTI-Menschenrechte. Initiiert vom LSVD und umgesetzt von der Coalition of African Lesbians (CAL) als Projektpartnerin vor Ort und dem LSVD und filia. die frauenstiftung von deutscher Seite lief das Projekt zur Stärkung von Lesben, Bi und Trans\* im südlichen Afrika von 2014 bis 2017. Im Juni 2018 wurde das Projekt mit dem Verwendungsnachweis gegenüber dem BMZ erfolgreich abgeschlossen.

Zudem konnten wir das BMZ überzeugen, Masakhane in einer neuen Phase weiterzuführen – mit dem LSVD als Träger und filia als Verantwortlicher für die Bereitstellung der Eigenmittel und die Umsetzung.

## TSCHETSCHENIEN

Auch in den letzten Monaten haben uns die menschenverachtenden Vorgänge in Tschetschenien beschäftigt. Nachdem wegen der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien bei einem OSZE-Treffen der Wiener Mechanismus eingeleitet worden war, haben wir im Herbst 2018 die Bundesregierung gebeten, Russland zu drängen, konkrete Fragen zu den Verfolgungshandlungen gegen LSBTI in der Teilrepublik Tschetschenien endlich zu beantworten. Andernfalls sollte sie die Einleitung des Moskauer Mechanismus unterstützen, der die Entsendung einer Erkundungsmission und die Erstellung eines detaillierten Berichtes vorsieht. Dieser Bitte ist die Bundesregierung nachgekommen. Der Bericht über die Grausamkeiten, Menschenrechtsverletzungen und Morde liegt nunmehr vor, doch Russland ignoriert die darin formulierten Empfehlungen. Zudem hat in Tschetschenien seit Ende 2018 eine erneute Verhaftungs- und Verfolgungswelle gegen LSBTI begonnen. Wir haben auf Bitten unserer Kolleg\*innen in Russland das Auswärtige Amt aufgefordert, Visa auszustellen und die Einreisebehörden über die Verfolgungssituation in Tschetschenien zu informieren, da die Möglichkeit besteht, dass einige Verfolgte versuchen werden, ohne Visum einzureisen. Zudem baten wir das Auswärtige Amt, gemeinsam mit der Equal Rights Coalition und multilateralen Organisationen wie UN-Menschenrechtsrat, UN-Sicherheitsrat, OSZE u.a., das Thema Tschetschenien auf die Tagesordnung zu setzen und Russland aufzufordern, dafür zu sorgen, dass die Menschenrechtsverletzungen an LSBTI unverzüglich aufhören, dass die im Bericht des OSZE-Berichterstatters Benedek formulierten Empfehlungen umgehend umgesetzt und die Schuldigen angeklagt und bestraft werden.



## 3.2 NETZWERKE

### ILGA

Der LSVD arbeitet regelmäßig im Europa-Netzwerk des Dachverbandes mit, das sich jährlich trifft. Auch im vergangenen Jahr lieferte der LSVD Informationen zur rechtlichen und sozialen Situation von LSBTI in Deutschland an seinen europäischen Dachverband. Sie fanden wieder Eingang in ILGA's Jahresbericht „Rainbow Europe“ zur Situation von LSBTI in den europäischen Ländern, die jährlich aktualisiert und neu aufgelegt wird.

## AMSTERDAM NETZWERK

Vom 12. bis 14. November 2018 fand in Berlin das NGO-Netzwerk-Treffen statt, bei dem 14 Organisationen aus Europa und Nordamerika vertreten waren. Sarah Kohrt und Klaus Jetz hatten das Amsterdam Netzwerk im letzten Jahr nach Berlin eingeladen.

Inhalte waren der Informationsaustausch und Kooperationsmöglichkeiten über die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte, das LSBTI-Inklusionskonzept der Bundesregierung für die Auswärtige Politik und EZ, die Reaktionen auf Notfallsituationen wie etwa die Ereignisse in Tschetschenien, Nicaragua, Indonesien, Tansania, Ägypten oder Kasachstan, die weitere Ausgestaltung der Equal Rights Coalition und die Rolle der Zivilgesellschaft oder unsere Arbeit im Hinblick auf die UN-Nachhaltigkeitsziele.



Foto: Auswärtiges Amt

### *Amsterdam Netzwerk im Auswärtigen Amt*

Darüber hinaus fand im Auswärtigen Amt ein Treffen mit Staatsminister Michael Roth, MdB, statt. Zudem wurde im Hauptstadtbüro ein Empfang für das Amsterdam Netzwerk und interessierte Vertreter\*innen von EZ- und Menschenrechtsorganisationen sowie der Berliner LSBTI-Community organisiert.

## DEUTSCH-FRANZÖSISCHES JUGENDWERK

Im Februar haben das Deutsch-Französische Jugendwerk und das Regional Youth Cooperation Office in Tirana uns Mittel für einen Austausch für jeweils acht LSBTI-Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und dem Westbalkan bewilligt. Kooperationspartner sind das regionale Netzwerk LGBTI Equal Rights Association ERA aus Belgrad und das französische LSBTI-Jugendnetzwerk Mouvement d’Affirmation des Jeunes lesbiennes, Gais, Bi et Trans (MAG-Jeunes) aus Paris.

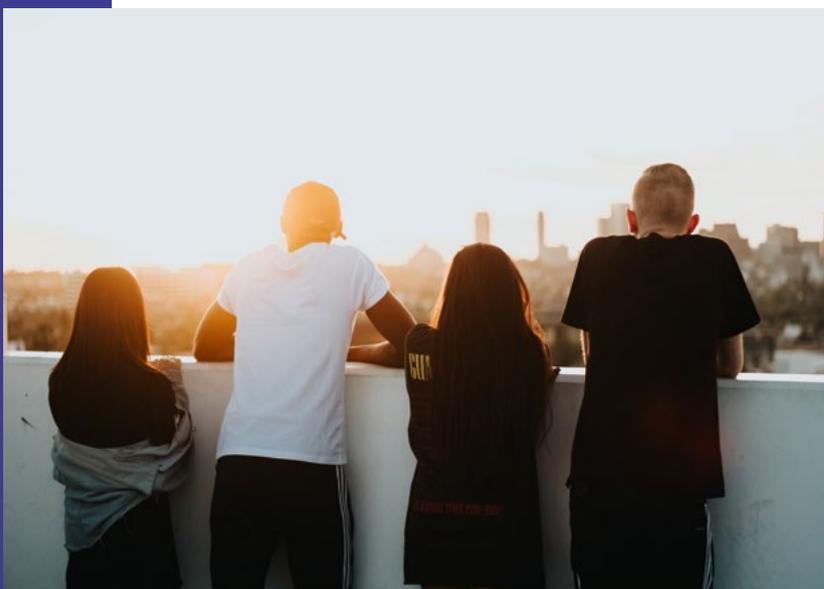


Foto: Devin Avery on Unsplash

## 2.4 HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

Dank einer finanziellen Förderung der Dreilinden gGmbH gibt es das Projekt LGBTI-Plattform Menschenrechte der Hirschfeld-Eddy-Stiftung mit 30 Wochenstunden. Es wird von Sarah Kohrt geleitet. Zentral ist das zivilgesellschaftliche Bündnis „Yogyakarta-Allianz“, das sich regelmäßig in Berlin trifft. Das von der Plattform formulierte 13-Punkte-Papier ist Grundlage für das LSBTI-Inklusionskonzept, das AA und BMZ zur Zeit erarbeiten.

### PROJEKTE

Das Auswärtige Amt bewilligte uns im September 2018 ein Nothilfe-Projekt zur „Stärkung der Handlungsfähigkeit des nationalen LSBTI-Netzwerkes zur Unterstützung von LSBTI-Diskriminierungsopfern in Nicaragua“. Dieses wurde mit unserer Partnerorganisation „Red de Desarrollo Sostenible“ bis Ende 2018 durchgeführt.

Im Frühjahr 2018 bewilligte die Bundesregierung eine „LSBTI-Konferenz“ in Skopje, Mazedonien und Schulungsmaßnahmen für LSBTI-Organisationen im Westbalkan und der Türkei. Die Kooperation mit ERA wird auch in 2019 fortgesetzt.

Ein Antrag an das Auswärtige Amt zur Fortführung unserer Kooperation mit der tunesischen Organisation Mawjoudin ist im Sommer 2018 überjährig bewilligt worden. Nach dem 1. Queer Filmfestival, das im Januar 2018 stattfand und mit bis zu 400 Besucher\*innen ein Riesenerfolg war, fand im März 2019 erneut ein Queer Filmfestival in Tunis statt.



Foto: Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Zusammenarbeit mit dem ERA Netzwerk



Foto: Selma Agrabi

Guido Schäfer (Hirschfeld-Eddy-Stiftung) beim 1. Queer Filmfestival Tunis

## 3. Mitarbeit in Netzwerken

Der LSVD ist Mitglied im Forum Menschenrechte, im No-Hate-Speech-Movement und im Forum gegen Rassismus. Er hat einen Sitz im Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld und des Deutschen Instituts für Menschenrechte sowie im Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Zudem ist er aktiv im Bündnis Solidarität mit den Sinti und Roma Europas.

# LSVD-Adressen

## **LSVD-Bundesgeschäftsstelle**

Hülchrather Str. 4  
50670 Köln  
Postadresse:  
Postfach 10 34 14  
50474 Köln  
Tel.: 0221 - 92 59 61 0  
Fax: 0221 - 92 59 61 11  
E-Mail: [lsvd@lsvd.de](mailto:lsvd@lsvd.de)  
[www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

## **LSVD-Pressestelle und Bund-Länder-Koordination**

Almstadtstr. 7  
10119 Berlin  
Tel.: 030 - 78 95 47 78  
Fax: 030 - 78 95 47 79  
E-Mail: [presse@lsvd.de](mailto:presse@lsvd.de)  
[www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

## **ILSE - Initiative**

### **lesbischer und schwuler Eltern**

c/o LSVD  
Postfach 10 34 14  
50474 Köln  
Tel: 0221 - 92 59 61 0  
E-Mail: [ilse@lsvd.de](mailto:ilse@lsvd.de)  
[www.ilse.lsvd.de](http://www.ilse.lsvd.de)

## **LSVD Baden-Württemberg**

c/o Weissenburg e.V.  
Weissenburgstr. 28a  
70180 Stuttgart  
E-Mail: [ba-wue@lsvd.de](mailto:ba-wue@lsvd.de)  
[www.ba-wue.lsvd.de](http://www.ba-wue.lsvd.de)

## **LSVD Bayern**

c/o Sub e.V. -  
Schwules Kommunikations-  
und Kulturzentrum  
Müllerstr. 14  
80469 München  
E-Mail: [bayern@lsvd.de](mailto:bayern@lsvd.de)  
[www.bayern.lsvd.de](http://www.bayern.lsvd.de)

## **LSVD Berlin-Brandenburg**

Kleiststr. 35  
10787 Berlin  
Tel.: 030 - 22 50 22 15  
Fax: 030 - 22 50 22 21  
E-Mail: [berlin@lsvd.de](mailto:berlin@lsvd.de)  
[www.berlin.lsvd.de](http://www.berlin.lsvd.de)

## **LSVD Hamburg**

c/o Hein und Fiete  
Pulverteich 21  
20099 Hamburg  
Tel.: 040 - 28 05 09 83  
E-Mail: [hamburg@lsvd.de](mailto:hamburg@lsvd.de)  
[www.hamburg.lsvd.de](http://www.hamburg.lsvd.de)

## **LSVD Hessen**

Postfach 17 03 41  
60077 Frankfurt / Main  
E-Mail: [hessen@lsvd.de](mailto:hessen@lsvd.de)  
[www.hessen.lsvd.de](http://www.hessen.lsvd.de)

## **LSVD Mecklenburg-Vorpommern - Gaymeinsam e.V.**

Zeughausstraße 31  
23966 Wismar  
Tel.: 0385 - 55 75 5  
Fax: 03841 - 21 47 11  
E-Mail: [info@gaymeinsam-mv.de](mailto:info@gaymeinsam-mv.de)  
[www.gaymeinsam-mv.de](http://www.gaymeinsam-mv.de)

## **LSVD Niedersachsen-Bremen**

Postfach 42 01 05  
30661 Hannover  
Tel.: 0541 - 59 79 25 18  
Fax: 0541 - 59 78 25 19  
E-Mail: [nds-bremen@lsvd.de](mailto:nds-bremen@lsvd.de)  
[www.nds-bremen.lsvd.de](http://www.nds-bremen.lsvd.de)

## **LSVD Nordrhein-Westfalen**

Hülchrather Str. 4  
50670 Köln  
Postadresse:  
Postfach 10 34 14  
50474 Köln  
Tel.: 0221 - 92 59 61 0  
Fax: 0221 - 92 59 61 11  
E-Mail: [nrw@lsvd.de](mailto:nrw@lsvd.de)  
[www.nrw.lsvd.de](http://www.nrw.lsvd.de)

## **LSVD OV Köln**

Hülchrather Str. 4  
50670 Köln  
E-Mail: [koeln@lsvd.de](mailto:koeln@lsvd.de)

## **LSVD Rheinland-Pfalz**

c/o LBSK e.V.  
Hintere Bleiche 29  
55116 Mainz  
E-Mail: [rlp@lsvd.de](mailto:rlp@lsvd.de)  
[www.rlp.lsvd.de](http://www.rlp.lsvd.de)

## **LSVD Saar**

Checkpoint - Schwul-lesbisches  
Kommunikationszentrum  
Mainzer Str. 44  
66121 Saarbrücken  
Tel.: 0681 - 39 88 33  
Fax: 0681 - 39 88 66  
E-Mail: [info@checkpoint-sb.de](mailto:info@checkpoint-sb.de)  
[www.saar.lsvd.de](http://www.saar.lsvd.de)

## **LSVD Sachsen**

Hilbersdorferstr. 74  
09131 Chemnitz  
Fon: 0371 - 35 14 65 57  
Fax: 0221 - 92 59 61 11  
E-Mail: [sachsen@lsvd.de](mailto:sachsen@lsvd.de)  
[www.sachsen.lsvd.de](http://www.sachsen.lsvd.de)

## **LSVD Sachsen-Anhalt**

Otto-von-Guericke-Str. 41  
39104 Magdeburg  
Tel.: 0391 - 54 32 56 9  
Fax: 0391 - 56 19 76 2  
E-Mail: [sachsen-anhalt@lsvd.de](mailto:sachsen-anhalt@lsvd.de)  
[www.sachsen-anhalt.lsvd.de](http://www.sachsen-anhalt.lsvd.de)

## **LSVD Schleswig-Holstein**

Postfach 2641  
24916 Flensburg  
E-Mail: [schleswig-holstein@lsvd.de](mailto:schleswig-holstein@lsvd.de)  
[www.schleswig-holstein.lsvd.de](http://www.schleswig-holstein.lsvd.de)

## **LSVD Thüringen**

Postfach 80 04 61  
99030 Erfurt  
E-Mail: [vorstand@lsvd-thueringen.de](mailto:vorstand@lsvd-thueringen.de)  
[www.lsvd-thueringen.de](http://www.lsvd-thueringen.de)

## Saarländischer Landtag fördert LGBTI Beratung im LSVD-Checkpoint

In seiner Sitzung am 12.12.2018 hat der saarländische Landtag ein starkes Zeichen gesetzt. Die jahrelange, ehrenamtliche Arbeit des LSVD Saar, die auch eine umfassende Beratung von LGBTI umfasst, wird endlich gefördert. Dadurch werden wir zukünftig noch stärker und besser Menschen mit LGBTI-Hintergrund beraten und Hilfe bieten können.

Wir beraten und unterstützen zu einer Vielzahl von Themen – beispielsweise beim Coming-out oder bei Erfahrungen mit Diskriminierung und Gewalt. Wir informieren über weiterführende Hilfsangebote und Unterstützungsmöglichkeiten. Es werden auch Vermittlungen zu unseren Gruppen und Netzwerken angeboten. Die Beratung richtet sich an Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*, Intergeschlechtliche, deren Angehörige und Fachkräfte.

Irene Portugall, langjähriges Vorstandsmitglied und seit rund vierzig Jahren LGBTI-Aktivistin, hat Soziologie und Sozialpsychologie studiert und arbeitet jetzt intensiv im Beratungsbereich und der Öffentlichkeitsarbeit des LSVD-Checkpoint.

Danken möchten wir vor allem Gesundheitsministerin Monika Bachmann, ihren Mitarbeiter\*innen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie sowie den Abgeordneten der SPD und CDU Landtagsfraktionen, die dies möglich gemacht haben. Auch unserem langjährigen, ehemaligen Vorstandsmitglied Hasso Müller-Kittkau gebührt Dank für seinen Einsatz in dieser Angelegenheit. (fb & ip)

LSVD Saar • Mainzer Str. 44 • 66121 Saarbrücken  
Tel.: 0681/398833 • info@checkpoint-sb.de • saar.lsvd.de • fb.com/lsvdsaar  
Texte: Irene Portugall (ip) & Frank Biehler (fb) • Redaktion: Christian Bart

## LSVD Saar begrüßt Mahnmal zum Gedenken an die Homosexuellenverfolgung

Ein Mahnmal zum Gedenken an die Verfolgung Homosexueller während der Nazi-Zeit und auch in den Jahren bis zur Abschaffung des § 175, soll vor allem das „Nie wieder!“ betonen, zum Dialog einladen und die Akzeptanz in der breiten Bevölkerung des Saarlandes weiter fördern. Stehen wird das Mahnmal in der Landeshauptstadt Saarbrücken, die als PatchWorkCity seit vielen Jahren ihre bunte Vielfalt betont und lebt. Der LSVD Saar war in die Idee zu einem Mahnmal und die Standortsuche von Anfang an eingebunden. Thomas Brass, kulturpolitischer Sprecher der Grünen im Saarbrücker Stadtrat, hatte dem LSVD Saar seine Idee für ein Mahnmal unterbreitet. Unsere Vorstellung zur Umsetzung des Mahnmals mit einer Plastik/Installation wurde positiv diskutiert. (ip)

finally-gay.com

**GARAGE • SAARBRÜCKEN**

*Finally*

PARTY FOR GAYS, LESBIANS & FRIENDS

**jeden 2. Samstag im Monat 23.00 Uhr**

www.facebook.com/FinallyGay

## Verschweigen Verurteilen

### Ausstellung

über die Diskriminierung und strafrechtliche Verfolgung homosexueller Menschen von 1946 bis 1973 in Rheinland-Pfalz

**1.-16. August 2019**

**Rathaus Saarbrücken St. Johann**

Eröffnung: Do., 1. August um 18 Uhr  
Öffnungszeiten: Mo.-Fr., jeweils 9-18 Uhr

Schirmfrauen: Ministerin Monika Bachmann  
& Oberbürgermeisterin Charlotte Britz

Führungen und Sonderöffnungen nach Absprache mit LSVD Saar

Die Forschungsarbeiten wurden vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und von der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld mit Förderung des rheinland-pfälzischen Familienministeriums durchgeführt. Konzipiert wurde die Ausstellung von chezweitz GmbH – museale und urbane Szenografie.

Gemischtes Publikum

*History* *große Speisekarte*

*Bistro*

Int.: Richard Paulus  
OBERTORSTR. 10 • SB Tel.: 0681 / 3 90 85 82

langweilig  
ist  
anders

**Wir beraten Sie fachmännisch!**

**ALBAN HOLL GMBH** SCHMUCK AUGENOPTIK SEHBERATUNG

Pickardstr. 23 • Püttlingen • Tel. (06898) 67264

switch  
it

**12 Wochen  
taz für 30 Euro  
[taz.de/WM19](http://taz.de/WM19)**

# Frauen Fußball Freiheit

## Das taz Abo zur Frauenfußball-WM

Die taz berichtet vom 7. Juni bis 7. Juli täglich auf zwei, am Wochenende auf vier Seiten über die Frauenfußball-WM. Wir schauen auf die politische Dimension des Sports und das emanzipatorische Potential des Frauenfußballs.

**Für jedes Abo gehen 5 Euro an den Verein „Säkulare Flüchtlingshilfe e.V.“, der religionsfreie Flüchtlinge, vor allem Frauen, durch praktische Hilfsangebote unterstützt.**



  
Säkulare  
Flüchtlingshilfe  
Atheisten  
helfen